

Einwohnerrat

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
www.horw.ch

Kontakt Sandra Waltert
Telefon 041 349 12 55
Telefax 041 349 14 81
E-Mail s.waltert@horw.ch

Thema Einwohnerratssitzung
Sitzungsdatum 21. Juni 2007, 13.30 – 18.30 Uhr
Sitzungsort Pfarreizentrum
Vorsitz Larcher Alwin

PROTOKOLL NR. 293

Anwesend 27 Einwohnerratsmitglieder
05 Gemeinderatsmitglieder
01 Gemeindeschreiber

Entschuldigt Amstutz Markus (bis 15.30 Uhr)
Jost Esther
Woodtli Sacha

Traktandenliste

1. Gemeindeordnung 2. Lesung Seite 3
2. Initiative "zum Schutz von Mensch und Wohnraum vor Grossantennen" Seite 5
3. B + A Nr. 1344, Finanz- und Aufgabenplan 2008 - 2013 Seite 16
4. B + A Nr. 1345, Zonenplan Horw - Zwei Anpassungen im Bereich der Autobahn A2 Seite 27
5. B+A Nr. 1346, Teilfinanzierung der Schulsekretariatsstelle aus dem Schulleitungspool Seite 27
6. Dringliches Postulat Nr. 587/2007 Franz Krieger, CVP: Rekultivierung der Grube Grisigen Seite 32
7. Dringliches Postulat Nr. 588/2007, Hans-Ruedi Jung, CVP: Fahrplanentwurf 2008 und Schnellzughalte in Horw Seite 37
8. Fragestunde Seite 39
9. Wahl eines Ersatzmitgliedes sowie einer Präsidentin oder eines Präsidenten der Bürgerrechtsdelegation Seite 39
10. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Einwohnerrates Seite 39
11. Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Einwohnerrates Seite 40
12. Wahl einer Sekretärin oder eines Sekretärs des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertretung Seite 40
13. Wahl von zwei Stimmenzählerinnen oder -zählern des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertretungen Seite 42

Sprecher/in

Alwin Larcher (SVP)

Alwin Larcher begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Er möchte etwas zu den Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung sagen. Man habe heute Frau Sandra Waltert das letzte Mal in ihrer Funktion als Ratsweibelin im Einwohnerrat. Frau Waltert habe kürzlich das Gemeindeschreiberpatent gemacht und übernehme in der Verwaltung neue Aufgaben. An ihre Stelle trete auf das nächste Amtsjahr Frau Heike Sommer. Er danke Frau Waltert für die Aufgabe und Hilfe, die sie im Einwohnerrat geleistet habe. Er möchte fast sagen, dass es eine herkulische Aufgabe gewesen sei. Er wünsche ihr in ihrer neuen Funktion alles Gute. Er begrüsse Frau Heike Sommer als Nachfolgerin ganz herzlich. Sie habe einen Vorteil. Sie müsse nicht mehr ihn erdulden, sondern sie habe eine Geschlechtsgenossin, dies sei immer ein Vorteil. Der Rat sei behandlungs- und beschlussfähig.

Rechtskraft:

Seit der letzten Sitzung seien keine Beschlüsse in Rechtskraft erwachsen.

Mitteilungen:

Folgende Repräsentationen wurden wahrgenommen:

- 2. Juni 2007: Piano Night 2007
- 13. Juni 2007: GV Horwer Volkshochschule

Er habe 20 Gratulationskarten für hohe Geburtstage versenden können.

Neueingänge:

- 29. Mai 2007: Dringliches Postulat Nr. 287/2007 Franz Krieger, CVP: Rekultivierung Grube Grisigen
- 05. Juni 2007: Dringliches Postulat Nr. 288/2007 Hans-Ruedi Jung, CVP: Fahrplanentwurf 2008 und Schnellzughalte in Horw
- 14. Juni 2007: Interpellation Nr. 539/2007 Urs Hediger, CVP, und MU: Fremdbelegung Horwerhalle

Protokoll:

Das Protokoll Nr. 292 liege auf den Tischen und sei aus Gründen des Volumens nicht rechtzeitig zugestellt worden. Deshalb könne man es heute nicht genehmigen. Man habe auch keine Möglichkeit gehabt, Bemerkungen oder Anregungen zu diesem Protokoll abzugeben. Er habe sich privat eine Meinung gebildet, weshalb das Protokoll etwas später gekommen sei, dies habe mit dem Sparpaket des Gemeinderates zu tun. Der Gemeinderat habe beim lieben Einwohnerrat sparen wollen, denn wenn man dieses Protokoll mit in die Ferien nehme, müsse man keine Lektüre mehr kaufen.

Man komme zur Bereinigung der Traktandenliste. Man habe zwei dringliche Vorstösse. Das dringliche Postulat Nr. 287/2007 von Franz Krieger, Rekultivierung der Grube Grisigen. Er bitte den Postulanten die Dringlichkeit zu begründen.

Die Dringlichkeit des Postulats bestehe in diesem Sinne, weil ein komplett neues Baugesuch aufgelegt wurde, weil eine neue Strasse vom Mittelgrisigen bis Obergrisigen für 40-t-Lastwagen geschaffen werden müsse. Der obere Teil der Strasse, welche bis jetzt die Zufahrt gewesen sei, sei im Privatbesitz und nicht frei. Die neue Strasse soll neben einem Wanderweg entstehen. Das heisse, dass der Weg für die Wanderer und Fussgänger sehr eingeschränkt werde. Die neue Strasse sei nicht im Erschliessungsplan der

Franz Krieger (CVP)

Gemeinde enthalten. Es gehe ihm darum, zu verhindern, dass man 18 Jahre lang dort hinauf fahren dürfe und die Grube rekultiviere, nachdem die Möglichkeit bestehe, dies in einem schnelleren Verfahren zu erledigen. Er komme später darauf zurück. Man müsse den Mut haben, die Sache dort oben möglichst schnell anzugehen, deshalb sei sein Postulat dringlich.

Sie sei der Meinung, dass sie bis jetzt nichts zur Dringlichkeit gehört habe. Es sei nicht so, dass man ein ganz neues Baugesuch auflegen müsse, sondern die Abänderung der Baupiste müsse neu aufgelegt werden. Am Baugesuch selber habe sich nichts geändert. Es handle sich auch nicht um eine neue Strasse, die im Richtplan enthalten sein müsse, sondern es sei eine Erschliessung der Grube über eine Baupiste. Man sei momentan in einem ganz normalen Baubewilligungsverfahren. Nichtsdestotrotz bestehe momentan keine Gefahr, dass sich rund um dieses Baugesuch etwas ändern werde. Von daher sei die Dringlichkeit nicht gegeben, aber der Gemeinderat sei trotzdem der Meinung, dass man der Dringlichkeit nicht opponieren sollte, weil es kaum Sinn mache, wenn man erst in einem halben Jahr darüber diskutiere. Der Dringlichkeit werde nicht opponiert.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Der Gemeinderat opponiere der Dringlichkeit nicht. Deshalb werde das Postulat unter Traktandum 6 eingefügt. Man komme zum nächsten dringlichen Vorstoss von Hans-Ruedi Jung: Dringliches Postulat Nr. 288/2007, Fahrplanentwurf 2008 und Schnellzughalte in Horw. Er bitte den Postulanten die Dringlichkeit zu begründen.

Alwin Larcher (SVP)

Man konnte seinem Postulat entnehmen, dass die Vernehmlassung zum Fahrplanentwurf 2008 des öffentlichen Verkehrs laufe. Wenn man dies studiere, dann sehe man, dass in Horw keine Veränderungen vorgesehen seien. Er sei jemand der bald jedes Jahr zu diesem Thema aufstehe, er werde es nicht los und werde es auch nicht loslassen. Von ihm aus gesehen sei die Dringlichkeit von den vorgegebenen Fristen zur Stellungnahme des Fahrplanentwurfs gegeben. Er nehme an, dass die Gemeinde etwas länger Zeit habe, als die übrige Öffentlichkeit und er möchte den Gemeinderat dringlich bitten, eine Stellungnahme zu diesem Fahrplanentwurf abzugeben und sich für Verbesserungen beim Zughalt in Horw einsetze und dies nicht erst im nächsten Jahr geschehe.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Der Gemeinderat bestreite die Dringlichkeit nicht. Das Thema sei nicht neu und man bleibe gerne am Ball. Es wurden bereits verschiedene Gespräche geführt.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Man habe keine Opposition gegen dieses Postulat, deshalb setze er dieses Postulat neu unter Traktandum 7 ein. Man komme zu den üblichen Traktanden gemäss Einladung.

Alwin Larcher (SVP)

Gemeindeordnung 2. Lesung

Die L2O-Fraktion stelle den Antrag, dass das Traktandum 1, Gemeindeordnung, 2. Lesung abtraktandiert werde. Man habe bei der Vorbereitung gemerkt, dass es etwas schwierig sei, sich auf die 2. Lesung vorzubereiten, wenn das Protokoll der 1. Lesung noch nicht zur Verfügung stehe. Man schlage deshalb vor, dass dieses Traktandum an der nächsten Sitzung behandelt werde.

Beatrice Heeb-Wagner
(L2O)

Die Abtraktandierung der Gemeindeordnung werde gewisse Folgen nach sich ziehen. Man käme nachher etwas in Zeitnot, die Gemeindeordnung anschliessend rechtzeitig in Kraft setzen zu können. Die Gemeindeordnung müsse per 1.1.2008 in Kraft gesetzt

Heinz Sigrist (FDP)

werden und wie man wisse, gebe es noch eine Volksabstimmung, ein obligatorisches Referendum, das hiesse, dass dies sicher zeitliche Probleme mit sich ziehen würde. Der Gemeinderat könne dazu sicherlich auch noch etwas sagen. Man habe bei der 1. Lesung eine sehr lange Debatte gehabt. Man habe die Gemeindeordnung ausführlich diskutiert und es seien noch wenige Punkte die aufgrund der 1. Lesung zu bereinigen seien. Er bitte deshalb den Rat, dass man das Traktandum 1, Gemeindeordnung, 2. Lesung, heute behandle.

Er könne der Argumentation der L2O-Fraktion einigermaßen folgen. Er sehe einfach nicht, wo das Problem inhaltlich gelegen sei. Nur mit dem Nichtvorliegen des Protokolls sei dies für ihn etwas wenig. Es wäre interessant zu wissen, wo Probleme liegen, damit man sich nochmals mit dieser Thematik auseinandersetzen könnte, falls die Gemeindeordnung im Herbst traktandiert werde. Er möchte eine Erklärung hören. Ansonsten könne er die Abtraktandierung nachvollziehen, weil das Protokoll nicht zugestellt wurde.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Der Gemeinderat sehe das Problem so, wie es Herr Sigrist bereits ausgeführt habe. Die 1. Lesung habe gezeigt, dass man sich gut gefunden habe. Mit ein paar wenigen Ergänzungen, die nun in der 2. Lesung noch notwendig wären. In der einwohnerrätlichen Kommission seien die offenen Punkte sehr klar gewesen und es beinhalte wirklich nur zwei bis drei Punkte, von daher gesehen sei die Abtraktandierung nicht nachvollziehbar. Bezüglich der zeitlichen Situation sei es so, wenn man die Gemeindeordnung heute verabschieden könnte, dann könnte man im Oktober darüber abstimmen und man hätte etwas mehr Luft. Wenn man die Gemeindeordnung aber erst im September behandle, dann müsste man den allerletzten Termin für eine Abstimmung wahrnehmen. Am 1.1.2008 müsse die neue Gemeindeordnung in Kraft sein. Weil es wirklich noch marginale Ergänzungen gebe und man an der letzten Sitzung nicht grosse Diskrepanzen gehabt habe, sehe der Gemeinderat nicht, dass man das Geschäft abtraktandieren müsste.

Markus Hool

Die SVP-Fraktion unterstütze den Antrag der L2O. Die Bedenken terminlicher Art könne man keineswegs nachvollziehen. Er habe eine Liste mit den Abstimmungsterminen vor sich. Am 25. November 2007 sei eine eidgenössische Abstimmung angesetzt, doch auch wenn dort keine Abstimmung stattfinde, habe man immer noch den 2. Wahlgang des Ständerates. Es sei mit grösster Wahrscheinlichkeit zu rechnen, dass es einen 2. Wahlgang geben werde. Deshalb sehe man kein Problem mit der Abstimmung der Gemeindeordnung, ob diese nun im Oktober oder November stattfinde, dies habe überhaupt keinen Einfluss auf den Beginn der neuen Gemeindeordnung.

Robert Odermatt
(SVP)

Man sei bei der Vorbereitung auf ein konkretes Beispiel gestossen. Dies betreffe Artikel 42, bei welchem es um die Vertretungen der Parteien, Fraktionen und Kommissionen gehe, bei welcher man nicht mehr sicher gewesen sei, ob man diese Formulierung an die einwohnerrätliche Kommission zurückgewiesen habe, um diesen Artikel neu zu formulieren. Dies wurde nicht gemacht. Man sei zum Schluss gekommen, dass es unglücklich sei, wenn das Protokoll der 1. Lesung bei der 2. Lesung nicht vorliege.

Beatrice Heeb-Wagner
(L2O)

Er denke, wenn dies die einzige Unsicherheit sei, dann könne man dies heute klären. Man habe den Kommissionspräsidenten und die Mitglieder der vorberatenden Kommission, deshalb würde er vorschlagen, dass man den Versuch mache, die offenen Fragen heute zu klären. Dann denke er, könne man das Geschäft heute behandeln und abschliessen.

Markus Hool

Abstimmung:

Antrag L2O-Fraktion: Traktandum 1, B + A Nr. 1340, Gemeindeordnung, 2. Lesung, abtraktandieren.

18 Stimmen

Antrag Heinz Sigrist: Traktandum 1, B + A Nr. 1340, Gemeindeordnung, 2. Lesung, behandeln.

7 Stimmen

Alwin Larcher (SVP)

Man habe beschlossen, dass Traktandum 1 der heutigen Traktandenliste zu streichen.

Initiative "zum Schutz von Mensch und Wohnraum vor Grossantennen"

Die Initiative sei mit über 1'400 gültigen Unterschriften ein ernst zu nehmendes Volksanliegen. Eine Volksinitiative sei innert einem Jahr seit Eingabe im Parlament zu behandeln. Absolut unverständlich für die BVK sei, weshalb der Gemeinderat die Initiative erst auf den letztmöglichen Termin vorlege. Dazu komme noch die relativ kurzfristige Zustellung des vorliegenden B + A, so dass die zuständige Kommission diesen mit sehr viel sportlichem Elan vorbehandeln musste. Die BVK habe sich dann erlaubt, den zuständigen Rechtsanwalt Wehrmüller einzuladen, um dieses vor allem rechtlich sehr komplexe Thema, bis fast ins letzte Detail zu hinterfragen. Grundsätzlich könne festgestellt werden, dass die Initiative als gültig erklärt werden könne, sie habe jedoch Mängel. Je nach Interpretation der Gegner oder Befürworter stelle sich die Frage, ob der Initiativtext einem faktischen Verbot von Natelantennen gleichkäme. Aber dies zu prüfen, beantrage man dem Rat, sei dem Regierungsrat überlassen. Da die Initiative eine Änderung des Bau- und Zonenreglements zur Folge hätte, unterstehe der Initiativtext zwangsläufig dem obligatorischen Referendum, andererseits der Prüfung des Regierungsrates, ob der Initiativtext so übernommen werden könne und nicht übergeordneten Kantonal- und Bundesgesetzen widerspreche. Der Regierungsrat teile in seiner Stellungnahme der Vorprüfung mit, dass zum Initiativtext grundsätzlich keine Einwände gemacht werden können, jedoch meine er und so schreibe er es wörtlich: „... schießen aber über das Ziel eines verhältnismässigen im öffentlichen Interesse liegenden Orts- und Landschaftsbildschutzes hinaus“. Weiter stehe dann im letzten Satz: „Die Umsetzung des Textes nicht als rechts- und zweckmässig beurteilt werden kann“. Da stelle sich dann doch einmal die Frage, weshalb könne dann die Initiative überhaupt als gültig erklärt werden? Wenn man nicht grundsätzlich gegen übergeordnete Gesetze verstosse, dann könne man eine Initiative als gültig erklären, wenn diese im Nachhinein in ihrer Umsetzung für das Bau- und Zonenreglement angepasst werden müssen. Wenn nämlich die Initiative vom Einwohnerrat als ungültig erklärt würde, würden die Initianten eine Stimmrechtsbeschwerde einreichen, davon könne man ausgehen. Diese würde mit höchster Wahrscheinlichkeit gut geheissen. So wurde die BVK beraten. Man hätte als Volksvertreter den Willen des Volkes respektive von diesen beachtlichen 1'438 Unterzeichneten missachtet und er denke, dies sei auch nicht der Sinn und Geist. Wenn man aber die Initiative als gültig erkläre und den Gemeinderat beauftrage einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, sei nämlich die Luzerner Regierung auch wieder in der Pflicht und dies solle sie auch sein, ihre Einwände in einem Gegenvorschlag einfließen zu lassen. Dieser Gegenvorschlag müsste dann ebenfalls dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Das Volk hätte dann die Möglichkeit, zwischen zwei Vorschlägen zu wählen. Die Umsetzung jedoch bleibe weiterhin offen, denn wenn unabhängig von einem Verwaltungsgericht festgestellt würde, dass übergeordnetes Recht verletzt würde, müsste dies im neu zu gestaltenden Bau- und Zonenreglement wieder berücksichtigt werden. Im allerschlimmsten Fall könnte dies heissen, dass der Initiativtext gut geheissen würde, jedoch vom Regierungsrat eine Auflage gemacht werden könnte, rein theo-

Roger Jenni (FDP)

retisch, dass für Natelantennen eine Ausnahmegewilligung erteilt werden müsste. Dann wäre man am Ziel vorbeigeschossen. Deshalb sei es wichtig, dass man den Gegenvorschlag kenne und nicht voreilig dem vorliegenden Beschlusstext zustimme oder ablehne. Deshalb schlage die BVK gross mehrheitlich vor, den vorliegenden Passus 2, welcher die Initiative zur Ablehnung empfehle, nicht abzulehnen, sondern zuzuwarten bis der Gegenvorschlag vorliege. Dann habe man auch die gleiche Ausgangslage bei den Stimmbürgern. Wie wolle man heute zu etwas nein sagen, wenn man gar noch nicht wisse, wie der Gegenvorschlag laute. Zusammengefasst: Die BVK sage gross mehrheitlich, dass man die Initiative für gültig erklären solle, so müsse der Regierungsrat über dessen Umsetzung nachdenken, sie seien von dieser Verantwortung entlassen und fallen den Initianten nicht in den Rücken. Man solle die Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Initiativtextes erst verlangen, wenn der Initiativtext vorliege. Beim dritten Punkt unterstütze die BVK ebenfalls gross mehrheitlich, dass der Gemeinderat beauftragt werde, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Als man dieses Thema in der BVK vordiskutiert habe, sei dies von Seiten Gemeinderat relativ emotional aufgenommen worden, als man beantragt habe, dem Initiativtext zu- oder entgegenstimmen zusammen mit der Gültigkeitserklärung. Man sei sehr erfreut, dass die Einsicht des Gemeinderates soweit sei, dass man dem Anliegen der BVK gefolgt sei. Die BVK beantrage, den vorliegenden revidierten Beschlusstext anzunehmen und gutzuheissen.

Die CVP-Fraktion könne gross mehrheitlich den Argumentationen des Sprechers der BVK folgen. Die CVP-Fraktion beantrage Folgendes: Die CVP sei der Meinung, dass man heute aufgrund des aktuellen Urteils Reiden, welches im Mai aufgelegt sei, dem Einwohnerrat aber noch nicht zur Kenntnis gebracht werden konnte, weil die Frist zu knapp gewesen sei. Im Licht des Urteils Reiden beantrage die CVP-Fraktion heute weder gültig noch ungültig zu erklären. Damit vergebe man sich nichts, aber man habe die Chance, dass man die Gültig- oder Ungültigkeit dieser Initiative nochmals von einem Juristen, welcher eben nicht dieser Partei angehöre und mit diesem Geschäft nichts zu tun hatte, prüfen zu lassen. Dies eröffne die Chance, dass man bis zum Vorliegen des Gegenvorschlages, welchen der Gemeinderat unterbreiten sollte und auch die BVK vorschlage, Genaueres wisse. Er hüte sich zum heutigen Zeitpunkt definitiv zu sagen, die Initiative sei gültig oder ungültig. Obwohl er dazu tendiere den Initianten eine Chance zu geben und diese für gültig zu erklären, auch wenn sie aussichtslos sei. Dies müsse man beim ersten Lesen des Urteils Reiden annehmen, es sei denn, ein anderes Rechtsgutachten würde wieder etwas anderes sagen. Wenn es wirklich so aussichtslos aussehe, dann habe es keinen Sinn die Initiative für gültig zu erklären, wenn man schon ganz genau wisse, dass die Initiative in allen Teilen gar nicht umgesetzt werden könne. Aber ob sie in allen Teilen nicht umsetzbar sei, dies möchte man zuerst nochmals prüfen lassen, bevor man sage, sie sei gültig oder ungültig. Der Antrag der CVP sei: 1. Die Frist zur Behandlung durch den Einwohnerrat werde bis Ende Juni 2008 verlängert. 2. Der Gemeinderat habe dem Einwohnerrat bis März 2008 einen Zusatzbericht unter Berücksichtigung der aktuellsten Rechtssprechung vorzulegen. In diesem Zusatzbericht müsste die juristische Wertung des aktuellen Urteils Reiden, allenfalls gebe es bis Ende Jahr noch weitere Urteile, enthalten sein. So dass man sehe, ob man die Initiative für gültig erklären könne. 3. Der Gemeinderat werde beauftragt einen Gegenvorschlag auszuarbeiten und dem Einwohnerrat bis März 2008 zur Beschlussfassung vorzulegen. Jetzt sehe man, weshalb er Juni sage. Wenn man die Frist bis im März verlängere, dann habe der Gemeinderat nur bis ungefähr im Januar Zeit, seinen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Wenn man diesen nämlich im März bringe, habe man im Rat wieder die Patt-Situation, dass man sage, es sei ein umfangreiches Geschäft, man konnte es nicht lesen und müsse es wieder hinausschieben. Man schaffe sich Luft, wenn man die Frist zur Behandlung der Initiative durch den Einwohnerrat bis Juni 2008 verlängere. Dies sei der Antrag der CVP-Fraktion.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Er wehre sich gegen dieses Vorgehen. Die Argumentation habe im Grossen und Gan-

Roger Jenni (FDP)

zen seine Richtigkeit, wobei das Problem bis heute noch nicht zu Ende gelöst sei.

Ordnungsantrag

Ein Ordnungsantrag bedinge, dass derjenige der spreche fertig sprechen könne.

Er erlaube sich zu sprechen, weil er der Kommissionspräsident jener Kommission sei, welcher die Vorberatung zugeteilt wurde. Es mache Sinn und es sei vielleicht für alle von Nutzen, wenn man dazu Stellung nehme, welches die Gegenargumente sein könnten, dass man sich eine objektive Meinung bilden könne. Er staune etwas über dieses Verhalten.

Ordnungsantrag

Der Ordnungsantrag von Herrn Stalder komme zuerst an die Reihe.

Man sei immer noch in der Eintretensdebatte und er bitte den Ratspräsidenten zuerst die Eintreten fertig zu machen, bevor man mit Gegenargumenten komme. Ansonsten erhalte man mit der Struktur Probleme.

Diesem Ordnungsantrag werde stattgegeben. Dann habe Herr Sigrist noch einen Ordnungsantrag gehabt.

Sein Ordnungsantrag habe sich erledigt.

Rund 17 % der Stimmberechtigten haben die Initiative unterschrieben. Gestützt auf die Gemeindeordnung sei diese Initiative gültig und müsse angenommen werden. Der Initiativtext sei nach Vorprüfung durch das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement in vorgeschlagener Form als rechtlich nicht haltbar bezeichnet worden. Im Weiteren sei zu berücksichtigen, dass der Initiativtext vor dem Bundesgesetz nicht standhalte. Stichworte: Übergeordnetes Recht; Grundversorgung und Bevölkerung. Im Weiteren ist auch abzuklären, wie die Initiative zu Anlagen wie Militär-, Polizei-, Feuerwehr- und privaten Funkanlagen stehe. Unbeantwortet bleibe auch die Frage, bei der Annahme der Initiative welches Recht bei Hochspannungsleitungen angewandt werde. Die FDP-Fraktion stelle den Antrag, die Initiative als gültig zu erklären, den Initiativtext jedoch gemäss Antrag des Gemeinderates, die Frist zur Annahme oder Ablehnung bis März 2008 zu verlängern. Im Weiteren werde der Gemeinderat beauftragt einen Gegenvorschlag auszuarbeiten und diesen dem Einwohnerrat bis im März 2008 zu unterbreiten. In diesem Gegenvorschlag könnte der Gemeinderat kleine Nutzungszonen erlassen, die mit den Anbietern als positive Standorte besprochen werden könnten. Die FDP-Fraktion sei für Eintreten.

Das Anliegen der Initianten sei in der L2O-Fraktion unbestritten. Ähnliche Vorlagen seien vor kurzem auch in anderen Gemeinden behandelt und vom Volk angenommen worden. Es sei nicht einzusehen, weshalb Mobilfunkprovider die Landschaft in diesem Ausmass mit Antennen verunstalten und mit Strahlungen verseuche. Die bisherigen Regelungen über die Verordnung für nicht ionisierende Strahlen genügen nicht, um den raumplanerischen Folgen dieses Wildwuchses zu begegnen. Genau dies sei Gemeindeaufgabe, die baulichen Vorschriften den Herausforderungen anzupassen. Damals bei der Gesetzesformulierung habe man nicht an 20 bis 30 Meter hohe Türme gedacht. Es sei vielmehr eine Gesetzeslücke entstanden, welche von den Mobilfunkbetreibern ausgenützt werde. Diese müsse man schnellstmöglich schliessen und das Bau- und Zonenreglement sei genau der richtige Ort dafür. Die Initiative sei in diesem Sinne gültig und

Jörg Stalder (L2O)

Alwin Larcher (SVP)

Roger Jenni (FDP)

Heinz Sigrist (FDP)

Alwin Larcher (SVP)

Jörg Stalder (L2O)

Alwin Larcher (SVP)

Heinz Sigrist (FDP)

Ruedi Meier (FDP)

Konrad Durrer (L2O)

umsetzbar. Reiden habe übrigens einen ganz anderen Text, welcher gezielt auf diese Antennen losgehe. Hier habe man einen Text, bei welchem es nur um Baubeschränkungen gehe, dies ermögliche vielleicht mit technischem Fortschritt, dass man dies genau gleich lösen könne, einfach mit anderen baulichen Massnahmen. Der Grundversorgungsauftrag müsse damit keineswegs gefährdet sein. Die Initiative sei klar verständlich, gemäss Rechtsgutachten keinen übergeordneten Gesetzen widersprechend und sie vertrete ein breit abgestütztes Interesse der Bevölkerung. Über 1'400 Unterschriften beweisen dies. Deshalb beantrage die L2O-Fraktion nicht nur Gültigkeitserklärung, sondern auch Annahme der Initiative. Dieses Vorgehen ermögliche auch das Einhalten der Fristen ohne irgendwelche Ausnahmeregelungen. Den korrekten Weg für den Gegenvorschlag sehe man darin, dass man diesen in die Ortsplanung hineinverschiebe. Dies sei sowieso jener Weg, welcher beschritten werden müsse, wenn die Initiative vom Volk und vom Einwohnerrat angenommen werde. Sie gelte dann nämlich als Vorlage für ein Ortsplanungsverfahren und müsse zwingend angepasst werden. Nachher werde die neue Ortsplanung wieder dem Volk vorgelegt, also sehe man, dass es zwei Volksabstimmungen geben werde, wenn man das Verfahren korrekt durchführe. Dort könne auch der Gemeinderat seine entsprechenden Anliegen darbringen und mit einer raumplanerischen noch raffinierteren Lösung etwas bewegen. Man möchte an dieser Stelle den Initianten danken, denn sie haben dem Gemeinderat mit dieser Planungszone ermöglicht, die schlimmsten Schäden schon frühzeitig abzuwehren. Auch möchte man dem Gemeinderat und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diesen ausführlichen und soliden B + A danken. Die L2O-Fraktion unterstütze die Initiative und möchte sie für gültig erklären und annehmen. Man werde den entsprechenden Antrag stellen und zwar als Punkt 2, einfach anstelle dessen der BVK: „Die Initiative wird angenommen“. Er werde den entsprechenden Antrag stellen.

Die Initiative sei im Gemeinderat zweckmässig behandelt worden. Der Text des B + A sei korrekt und sauber abgefasst. Der terminliche Ablauf missfalle der SVP-Fraktion etwas. Die Initiative sei im Juni 2006 eingereicht worden. Der Initiativtext sei aber bereits im April 2006 bekannt gewesen. Der Gemeinderat benötigte 15 Monate, um dem Einwohnerrat einen B + A vorzulegen. Dem Einwohnerrat lasse man gerade mal 19 Tage, obwohl ihnen gemäss Reglement eindeutig 5 Wochen zustehen würden. Zudem sei kürzlich noch das Urteil Reiden herausgekommen, welches man noch nicht in aller Konsequenz studieren konnte. Aus diesen Überlegungen unterstütze die SVP-Fraktion voll und ganz den Antrag der CVP-Fraktion.

Robert Odermatt
(SVP)

Es gebe zwei, drei Sachen die zu beachten seien. Obwohl er in einem relativ aussichtslosen Posten stehe, weil sich bereits zwei Parteien zusammengeschlossen haben. Er spreche nicht für oder gegen Natelantennen, eins müsse man einfach sehen. Von den Rechtsmitteln, welche die Initianten haben, werden diese Gebrauch machen. Wenn man sehe, dass eine Initiative innerhalb eines Jahres beantwortet werden müsse, sei es mit diesen Rechtsmitteln den Initianten egal, ob der Gemeinderat die Initiative 1 Jahr lang liegen gelassen habe. Die Initianten erwarten eine Gültig- oder Nichtgültigerklärung innerhalb eines Jahres. Die Haltung verwundere ihn etwas, wenn man sehe, wie viele Leute diese Initiative unterschrieben haben, dass man nicht in diese Richtung steuere und den Gemeinderat beauftrage, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, auch wenn der vorliegende Initiativtext nicht der Weisheit letzter Schluss sei. Aber was man hier mit der Abtraktandierung machen wolle, er könne dazu nur eines sagen, dies sei jenen Leuten gegenüber etwas ins Genick gefahren. Denn eine Rechtssituation die von der einen oder anderen Partei hinterfragt werde respektive mit ihren möglichen Mitteln weitergezogen werde, werde es so oder so geben. Der Initiativtext könne vom Grundsatz her, und dies schreibe auch der Regierungsrat, gutgeheissen werden. Wenn der Gemeinderat beauftragt werde einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, können alle Einwände einfließen. Man komme weiter, wenn man dem Gemeinderat einen Auftrag erteile. Ob dies heute oder erst in zwei Monaten sei. Wenn sich der Einwohnerrat die Vorstellung ma-

Roger Jenni (FDP)

che, dass dieses Rechtsurteil auf diesen Text so umgesetzt werden könne, dass dieser halte, dann würde er sogar behaupten, dass dies eine Selbstüberschätzung des Rates sei. Die Ausarbeitung des Gegenvorschlags sollten Juristen machen und nicht irgendeine Kommission. Die Initianten, die Mobilfunkanbieter sowie Gegner und Befürworter, Fachleute in planerischen Angelegenheiten haben sich bereit erklärt mitzuarbeiten und dann gebe es am Schluss ein Produkt, welches halte. Mit einem Produkt mit welchem man den Initianten nicht in den Rücken schiessen müsse, sondern einen Auftrag erteile und nach der richtigen Lösung suche. Wenn beim Initiativtext, so schreibe es der Gemeinderat, nicht grundsätzlich Einwände gemacht werden können, es gebe Einwände, aber keine grundsätzlichen. Er bezweifle nicht einmal, dass die Rechte irgendwo verletzt worden seien, aber bei der Umsetzung könnte alles im Bau- und Zonenreglement berücksichtigt werden. Ein kleines Zahlenbeispiel, dieses zeige, dass Sie als Volksvertreter etwas Volkswille spüren sollten. Man habe in Horw rund 8'500 Personen die stimmberechtigt seien. An die Urne gehen in der Regel nicht einmal die Hälfte, dann seien dies nicht einmal 4'000 Personen. Die Initiative haben fast die Hälfte davon unterschrieben. Der Einwohnerrat sei Volksvertreter. Er könne es nicht ganz verstehen. Er hätte Freude, wenn man dem Antrag der BVK folgen könnte. Er sei auch persönlich überzeugt, dass dies einen absolut guten, konstruktiven Gegenvorschlag geben würde.

Er wisse nicht, zu wem Herr Jenni gesprochen habe, aber seines Wissens habe niemand den Antrag auf Abtraktandierung gestellt. Man habe nur gesagt, dass man den Antrag geändert haben möchte. Der Grund sei, dass man hier im Rate lauter Juristen habe. Jeder wisse, dass die Initiative gültig oder nicht gültig sei. Und jeder habe wahrscheinlich auch die Belege, jeder vermute dies oder das, aber ob die Initiative wirklich gültig sei, wisse niemand hier im Rat. Und dies sei der Hintergrund des Antrages. Es gehe genau darum, den Volkswillen zu schützen. Es habe keinen Sinn, wenn man heute sage, dass die Initiative gültig sei und nach mehreren Monaten komme aus, dass man die Initiative aufgrund der aktuellen Urteile niemals für gültig erklären durfte. Es mache aber ebenso wenig Sinn, wenn man heute sage, dass die Initiative ungültig sei und man den Willen der Initianten nicht berücksichtige. Nicht, dass man irgendwann hören müsse, dass es doch noch einen Funken Hoffnung gegeben hätte, dass man aus dem Initiativtext etwas ableiten konnte. Und genau dies sei doch wieder der Hintergrund dieses Antrages. Man solle dem Gemeinderat doch nochmals die Möglichkeit geben, dies rechtlich abzuklären. Man verliere überhaupt keine Zeit, denn man beauftrage den Gemeinderat, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Aber man fälle heute noch keinen Entscheid, ob die Initiative nun gültig oder ungültig sei. Er persönlich sei der Meinung, dass es fahrlässig sei, wenn man heute sagen würde, die Initiative sei gültig oder ungültig. Er mache eine Wette, dass niemand das Urteil von Reiden richtig interpretieren könne. Da müsse man zwischen den Zeilen lesen können, da müsse man Materialien zu diesem Fall hervorheben, man müsse dies differenziert anschauen können und dann sehe man, wie man ableiten könne und die einen glauben, dass es ungültig sei oder wie man aus dem Fall Reiden ableiten könne, wie die anderen glauben, dass es gültig sei. Hier merke man schon, in was für einem Widerspruch man stehe. Deshalb bitte er, dem Antrag der CVP-Fraktion zu folgen, man solle die Frist verlängern und der Gemeinderat einen Gegenvorschlag ausarbeiten und man solle die Initiative im Moment weder für gültig noch für ungültig erklären. Denn dann lasse man sich alle Möglichkeiten offen, am Schluss zu sagen, die Initiative sei gültig oder ungültig und man sehe das weitere Vorgehen so oder so.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Das Wort fahrlässig sei gefallen. Er finde dies eine Unterstellung, weil dies schlecht zu halten sei. Wie wolle man dem Gemeinderat unterstellen, dass er fahrlässig sei, wenn er sich bei allen kantonalen Ämtern einer Vorprüfung über die Gültigkeit als möglich erklären lassen habe. Dies verwundere ihn sehr. Das Urteil Reiden werde wieder ein Gegenurteil haben. Mit der Gültigerklärung des Initiativtextes gebe es wieder ein Rechtsmittel, dass man dies wieder hinterfragen könne, doch dann müsse man dies nicht im

Roger Jenni (FDP)

Einwohnerrat entscheiden.

Sie danke, dass man heute wahrscheinlich auf dieses Geschäft eintreten könne. Nach umfangreichen Abklärungen und Gesprächsrunden auch Einspracheverhandlungen habe man dem Einwohnerrat den B + A 1341 zugestellt. Seit der Eingabe seien sehr viele umfangreiche Papiere erarbeitet worden, denn die Thematik werde nicht nur emotional, sondern auch kontrovers diskutiert. Auch die Fachwelt und die zuständigen Stellen und sogar die Gerichte seien momentan stark mit Mobilfunkinitiativen und ihrem Inhalt beschäftigt. Man stelle fest, dass es eine gewisse Wandlung in der Gerichtspraxis gegeben habe, die eine gewisse Aufweichung sei. Dies gehe bis zum Bundesgericht. Sie habe gemerkt, dass die Unterlagen durch die Einwohnerräte studiert wurden und zu diesem Thema sei etwas in Bewegung. Die Gemeinden haben einen Leidensdruck, sei es vom Kanton oder auch von den Gerichten, der bis hinauf zum Bund gemerkt werde. Denn man habe sich eine Offerte stellen lassen, wie man Richtlinien in den Gemeinden zur Verfügung stellen könnte, doch diese müssen zuerst erarbeitet werden, bis die Gemeinden davon profitieren können. Gemäss Erfahrung gehe dies sicherlich 5 Jahre, bis man diese Richtlinien in den Händen hätte. Bis dahin leide man weiter. Der Gemeinderat habe Rechtsgutachten machen lassen und sie glaube, die Behauptung, dass man 1 Jahr nichts gemacht habe, sei wahrscheinlich falsch. Sie würde sogar sagen, die Damen und Herren, welche vom Initiativkomitee anwesend seien, wissen, dass man 1 Jahr lang nicht nichts gemacht habe. Der Gemeinderat habe einen Juristen beigezogen und dieser habe sich wirklich seriös darauf vorbereitet. Es sei klar, dass wenn man einen anderen Juristen genommen hätte, dieser vielleicht zu einem anderen Entscheid gekommen wäre. Man habe auch andere Meinungen gehabt, doch sie müsse sagen, dass man sich irgendeinmal festlegen müsse, ansonsten könne sie in einem Jahr niemals einen B + A präsentieren. Man habe sich auf den Wehrmüller-Expertenbericht gestützt. Die Einwohnerräte haben diesen Bericht vor sich und die BVK konnte mit Herrn Wehrmüller sprechen. Wahrscheinlich werde es alle 2 Wochen wieder eine neue Gerichtspraxis geben und dann habe man nie den richtigen Moment. Dies sei für den Gemeinderat eine Schwierigkeit. Sie sei der Meinung, dass man den Fall Reiden nicht 1 zu 1 mit Horw, trotz den Höhenvorschriften, vergleichen könne. Der Fall Reiden konnte im B + A nicht mehr einfließen, weil ein B + A nicht über Nacht entstehe. Der Entscheid von Reiden sei auch noch nicht vorgelegen, als der Gemeinderat den B + A verabschiedet habe. Dann sei dem Gemeinderat wichtig und dies habe man bei diesen vielen Diskussionen gemerkt, dass sie einen Gegenvorschlag ausarbeiten können. Obwohl man meine, die Initiative könne als gültig erklärt werden, dass man ein noch besseres Instrument in die Finger bekommen könne, wenn man einen Gegenvorschlag ausarbeiten würde. Man habe Mitinitianten, Architektenteams, die man befragt habe, ob dies einen Einfluss auf andere Anlagen habe, man könne dies nicht nur auf Mobilfunkanlagen beschränken. Der Initiativtext sei auch nicht nur darauf ausgerichtet, wenn man diesen so lese. All diese Gespräche, die geführt wurden haben gezeigt, dass es wirklich gut wäre, wenn der Gemeinderat einen Gegenvorschlag ausarbeiten dürfte, welcher allen helfen würde, sogar den Anbietern. Dies könne in eine Positiv- oder Negativplanung gehen. Wichtig sei, dass man die Bundesrechte nicht angehen dürfe, welche Aussagen zu diesen nicht ionisierenden Strahlungen mache. Dies dürfe man raumplanerisch oder baulich-rechtlich nicht antasten. Dies würde man auch nicht, wenn man dies so aufgleisen würde. Den vorliegenden Beschlusstext habe man nach der Debatte in der BVK nochmals überdacht und könnte sich vorstellen, dass man auch diesem Text folgen könnte. Sie werde diesen nachher noch auflegen, wenn es zur Abstimmung komme. Was ganz wichtig sei, dass der Gemeinderat diese Fristerstreckung haben könne, damit man die Initiative richtig behandeln könne. Im Moment würde sie es dabei belassen, damit man in die Detailberatung gehen könne.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Detailberatung

Alwin Larcher (SVP)

Keine Wortmeldungen.

Beschlussestext

Der vorliegende Beschlussestext im B + A Nr. 1341 sei durch den Gemeinderat selber modifiziert worden. Er lese vor:

1. Die Initiative "zum Schutz von Mensch und Wohnraum vor Grossantennen" wird als gültig erklärt.
2. Die Frist zur Stellungnahme über die Annahme oder Ablehnung der Initiative durch den Einwohnerrat wird bis Ende März 2008 verlängert.
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten und dem Einwohnerrat bis März 2008 zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Alwin Larcher (SVP)

Man habe von der CVP-Fraktion einen Gegenvorschlag:

1. Die Frist zur Behandlung der Initiative durch den Einwohnerrat wird bis Ende Juni 2008 verlängert.
2. Der Gemeinderat hat dem Einwohnerrat bis März 2008 einen Zusatzbericht unter Berücksichtigung der aktuellsten Rechtsprechung vorzulegen.
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten und dem Einwohnerrat bis März 2008 zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Punkt 3 sei identisch mit dem Vorschlag im Bericht und Antrag.

Die L2O-Fraktion schlage vor, Punkt 1 so zubelassen wie es im B + A vorgeschlagen werde. Punkt 2: Die Initiative wird angenommen und Punkt 3 streichen. Der Gegenvorschlag soll aus der Sicht der L2O-Fraktion wie er beim Eintreten erwähnt habe, im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Bau- und Zonenreglements stattfinden, weil da gebe es auch eine Abstimmung. Er möchte nochmals darauf hinweisen, wie es Frau Gemeinderätin Bernasconi gesagt habe, dass es immer wieder neue Urteile geben werde. Man könne nun bis im März abwarten. Man könne nicht zu früh beginnen, weil ansonsten wieder ein Gutachten gezückt werde, dass noch etwas neuer sei und so könne man dieses Spiel bis zum St. Nimmerleins-tag weiterziehen und am Schluss laufe die Planungszone zum Ruder aus, man habe eine Lücke und es werde gebaut und schlussendlich sei niemandem gedient.

Konrad Durrer (L2O)

Er habe eine Frage zum Vorgehen bzw. zum Verfahren. Er schlage vor, dass man über jeden Punkt einzeln abstimme. Beim 1. Punkt habe er den Vorschlag, dass man zuerst darüber abstimme, ob man die Initiative für gültig oder ungültig erkläre oder ob man dies im Sinne des Antrages der CVP-Fraktion, überhaupt weglasse. Zum Votum von Herrn Durrer müsse er sagen, dass es so sei, dass es immer wieder neue Rechtssprüche gebe und man einen Entscheid lange hinauszögern könne. In einem Gebiet, in welchem noch nicht viel Recht gesprochen sei, werde es immer wieder Urteile geben. Der Vorteil sei, dass sich dies immer mehr zu einer einheitlichen Meinung in den Gerichten verdichte. Es könne nicht sein, dass wenn das Bundesgericht etwas entschieden habe, nachher die kantonalen Gerichte anders entscheiden. Von daher könnte man mit mehr Zeit Einsicht gewinnen, was das Bundesgericht eigentlich gedenke und wie dies zu handhaben sei. Er sei aber der Meinung, dass man das nicht zu weit hinauszögern sollte, so dass man zwischen Stuhl und Bank falle. Er sei auch der Meinung, dass man irgendwann einen Punkt machen müsse. Aber er glaube, das aktuelle Urteil Reiden aus dem eigenen Kanton, dass man diese Beurteilung miteinbeziehen dürfe und bis dahin gebe es wahrscheinlich auf Bundesebene noch zwei, drei andere Beispiele und dann wisse man wieder Genaueres.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Er finde es heikel, wenn sie als gesetzgebende Behörde die ihnen vorgegebenen Gesetze, von Gültigerklärung und Nichtgültigerklärung einer Initiative, missachten und nicht einhalten. Der Rat bilde Gesetze und man suche Argumente, dass man diese Entscheidung winden könne. Dies sei ein fragwürdiges Vorgehen.

Roger Jenni (FDP)

Als Antwort auf die wiederholten Vorwürfe von Herrn Jenni. Er müsse die Behandlungsfristen von Initiativen anschauen: "Lassen sich die Fristen nicht einhalten, kann sie der Einwohnerrat angemessen verlängern." Man verstosse weder gegen Recht und Ordnung noch wolle man damit etwas verzögern. Es gehe einzig darum, dass man bessere Abklärungen treffen könne. Herr Jenni solle die Gemeindeordnung lesen und dann sehe er, dass das Vorgehen, welches er vorschlage, nicht unrechtmässig sei. Dies wäre von ihm recht ungewohnt.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Nun gehe man zum Beschlusstext. Zuerst aber müsse man sich einig werden, ob man die Initiative als gültig oder ungültig erklären wolle.

Alwin Larcher (SVP)

Er unterstütze ebenfalls den Antrag von Hans-Ruedi Jung, dass man zuerst entscheide, ob man die Gültig- oder Ungültigerklärung heute mache oder zu einem späteren Zeitpunkt. Denn dies sei letztlich entscheidend. Ansonsten müsste er aufgrund seines Wissenstandes eine Ungültigkeitserklärung beantragen. Er würde es aber sehr begrüßen, wenn man weitere Abklärungen machen könnte, insbesondere was das Urteil Reiden für Konsequenzen haben könnte. Deshalb solle man wirklich zuerst über den Grundsatz abstimmen, ob man heute oder später entscheiden wolle.

Thomas Zemp (CVP)

Abstimmung:

Die Initiative "zum Schutz von Mensch und Wohnraum vor Grossantennen" als gültig erklären.

Alwin Larcher (SVP)

Sei man mit dieser Abstimmung, welche er vorgeschlagen habe, überhaupt einverstanden? Dass man über den Grundsatz abstimme, ob die Initiative als gültig oder ungültig erklärt werden soll?

Vielleicht sei er missverstanden worden, er wolle es etwas einfacher sagen. Er schlage vor, dass man darüber entscheide, ob man entscheiden wolle oder nicht. Es sei ganz einfach. Man könne heute sagen, man wolle gültig erklären oder nicht gültig erklären oder man wolle sich zur Gültigkeit der Initiative nicht äussern. Der Antrag der CVP-Fraktion sei, dass man sich momentan zur Gültigkeit nicht äussere. Dann müsse man auch nicht über gültig oder ungültig sprechen, sondern man habe sich nicht geäußert und man werde sich erst im Juni dazu äussern. Die andere Variante sei, dass man sich über die Gültig- bzw. Ungültigkeit äussern wolle und anschliessend müsse man eine zweite Abstimmung machen, wer für gültig bzw. ungültig sei.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Seines Erachtens stehen zwei Formulierungen im Raume. Nämlich jene der CVP und jene, die am Hellraumprojektor stehe und man könne über die beiden abstimmen und dann sei die Sache geritzt.

Konrad Durrer (L20)

Dies habe er auch gedacht, doch offenbar sei dies nicht so. Er nehme jetzt an, dass man sich äussern müsse, ob sich der Rat überhaupt zur Frage gültig oder ungültig äussern wolle. Ob man sich die Frage überhaupt vorlegen und beantworten wolle.

Alwin Larcher (SVP)

Abstimmung:

Die Frage über die Initiative als gültig oder ungültig erklären, äussern.

Ordnungsantrag

Er habe die Frage nicht verstanden.

Konrad Durrer (L2O)

Grundsätzlich sei er auf dem gleichen Gleis gewesen wie Herr Durrer, ob man die Initiative gemäss dem zweiten Vorschlag vom Gemeinderat als gültig oder ungültig erklären solle. Aber jetzt müsse man noch eine Vorstufe einschalten, indem sich der Rat entscheiden müsse, ob man überhaupt über Punkt 1 abstimmen wolle.

Alwin Larcher (SVP)

Sie hätte eine kurze, klare Formulierung dazu. Man könne fragen, wer sich heute nicht äussern wolle, solle jetzt die Hand erheben oder, wer später nach Abklärungen sich äussern wolle, könne jetzt die Hand erheben.

Manuela Bernasconi (CVP)

Er hoffe, dass er mit Artikel 12 Absatz 2 der Gemeindeordnung zur Klärung beitragen könne: "Der Einwohnerrat nimmt innert Jahresfrist zur Einreichung mit einem Beschluss zur Initiative wie folgt Stellung: a) erweist sich die Initiative als rechtswidrig oder eindeutig undurchführbar, erklärt er sie ganz oder teilweise als ungültig. Soweit die Initiative gültig ist, kann er sie annehmen oder ablehnen."

Jörg Stalder (L2O)

Man habe die Möglichkeit einer Fristerstreckung, wie dies Herr Jung bereits erwähnt habe. Frau Bernasconi wolle ihren Vorschlag noch etwas präzisieren. Es sei, glaube er, ein Wort zuviel darin gewesen.

Alwin Larcher (SVP)

Sie habe sich aufgeschrieben, wer sich heute äussern wolle oder später nach Abklärungen äussern wolle.

Manuela Bernasconi (CVP)

Dies wäre im Sinne des Antrages von Herrn Jung.

Alwin Larcher (SVP)

Seines Erachtens sei dies nichts anderes als der Vorschlag. Der Vorschlag 1 heisse, dass eine Fristerstreckung verlangt werde oder man erkläre sie heute für gültig, dann sehe er den Unterschied nicht.

Konrad Durrer (L2O)

Er möchte nun abstimmen, dass man auf einem Beschluss weiter entscheiden könne.

Alwin Larcher (SVP)

Abstimmung:

Mit 14 zu 12 Stimmen sei man der Auffassung, dass man heute zur Frage der Gültigkeit oder Ungültigkeit dieser Initiative nicht Stellung nehme.

Nun komme man zu Punkt 1 des Beschlusstextes vom Gemeinderat, welcher fast identisch mit dem Vorschlag der CVP sei.

Zum Vorgehen: Aus der Sicht der L2O-Fraktion sei dies vorhin eine Konsultativabstimmung gewesen. Dies sei die Meinung der L2O und man möchte gerne zu allen Punkten eine Abstimmung.

Jörg Stalder (L2O)

Die L2O-Fraktion sei der Meinung, dass es sich vorhin um eine Konsultativabstimmung gehandelt habe? Weshalb?

Alwin Larcher (SVP)

Weil man keinen klaren Antrag in diese Richtung hatte. Aus dieser Abstimmung könne man ableiten, dass sich gewisse Sachen in diesem Beschlusstext als ungültig erklären. Es könne ein Verdoppelungseffekt sein. Man möchte beliebt machen, nochmals konkret über alle Punkte dieses Beschlusstextes abzustimmen.

Jörg Stalder (L2O)

Sie glaube, dies könne man nun wirklich nicht mehr, denn man habe sich dazu geäußert, dass man heute nicht zur Gültigkeit oder Ungültigkeit reden wolle. Man habe sich gar nichts vergeben. Man könne aber nun nicht über den 1. Punkt abstimmen, ansonsten müsse man sich heute wieder über die Gültig- oder Ungültigkeit äussern. Ihrer Meinung nach sei Punkt 2 ein Thema und da gehe es um die Fristverlängerung. Entweder müsse dies März oder Juni sein. Die Gegenüberstellung der Fragen wären nun: Wer dafür sei, dass die Fristerstreckung auf den März gesetzt werde oder, wer die Fristerstreckung auf Juni verschieben möchte. Das sei ihre Meinung.

Astrid Sprenger-Kaufmann (CVP)

Dies wäre Punkt 1 des Beschlusstextes der CVP-Fraktion.

Alwin Larcher (SVP)

Abstimmung:

Antrag CVP-Fraktion: "Die Frist zur Behandlung der Initiative durch den Einwohnerrat wird bis Ende Juni 2008 verlängert," zustimmen.

Frau Bernasconi, dies wäre eine Verschiebung von drei Monaten, denn der Gemeinderat habe März 2008 vorgeschlagen. Sei der Gemeinderat einverstanden, wenn man Ende Juni 2008 festlege?

So wie sie Hans-Ruedi Jung verstanden habe, sage die CVP-Fraktion, dass der Gemeinderat bis im März vorlegen müsste. Falls aber noch weitere Gerichtsentscheide oder Rechtsgutachten gemacht werden müssten, dass dann der Rat die Chance habe bis im Juni.

Manuela Bernasconi (CVP)

Wenn man den Antrag des Gemeinderates gelesen haben, dann habe der Gemeinderat die Möglichkeit, dem Einwohnerrat einen Gegenvorschlag bis Ende März zu unterbreiten. Gleichzeitig wäre die Frist zur Stellungnahme zur Initiative für den Einwohnerrat ebenfalls auf Ende März 2008 festzulegen. Wenn der Gemeinderat nun Ende März 2008 mit dem Bericht und Antrag komme, dann habe der Einwohnerrat gar keine Möglichkeit mehr, diesen zu behandeln. Also müsse man die Frist für die Behandlung im Rat später ansetzen als die Frist, bis wann der Gemeinderat seine Unterlagen einreiche. Ansonsten habe man wieder das Problem, dass am Schluss jemand aufstehe und sage, dass die Behandlungsfrist zu kurz gewesen sein und man müsse dieses Geschäft abtraktandieren und das könne es wohl nicht sein. Er denke, dass man bis spätestens Ende Juni 2008 einen Beschluss gefasst habe, man erwarte aber vom Gemeinderat bis März 2008 den Zusatzbericht und Antrag und den Gegenvorschlag. Somit habe man genügend Zeit, diesen in den Kommissionen und Fraktionen zu behandeln. Wenn die Initiative bereits an der Mai Sitzung traktandiert werden könne, umso besser. Er möchte einfach Ende Juni beliebt machen, dass man genügend Zeit habe.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Jetzt wolle man beschliessen, dass der Beschluss jener Beschluss sei, dass man es später beschliesse. Dies komme wie "Fritz-fischt-frische-Frische". Es komme nichts anderem nahe, als die Zurückweisung des Bericht und Antrag und Abtraktandieren mit einem Zusatzbericht und Antrag.

Roger Jenni (FDP)

Man habe bewusst keine Rückweisung gemacht, denn das Reglement sage nicht, was im Fall einer Rückweisung passieren müsse. Wenn man nun einfach zurückweise, wisse der Gemeinderat nicht, ob er nun einen Gegenvorschlag ausarbeiten solle oder nicht und mit welchen Fristen man arbeiten soll. Dies sei genau der Vorteil des Grundtextes vom Gemeinderat, welchen man nun aufgrund der Gültigkeitserklärung abändere, ansonsten aber übernehme. Der Gemeinderat müsse vom Parlament einen Auftrag erhalten, deshalb weise man die Initiative nicht einfach wortlos zurück, sondern man erteile dem Gemeinderat den Auftrag, zusätzliche Abklärungen zu treffen und einen Gegenvorschlag zu unterbreiten. Dann habe er einen klaren Auftrag, ansonsten

Hans-Ruedi Jung (CVP)

könne er sich dagegen stellen und sagen, dass sie gar nicht wissen, wie der Auftrag lautete und was der Rat wollte. Dort habe das Parlament eine Verantwortung, dass man nicht einfach zurückweise, sondern dem Gemeinderat sage, was erwartet werde.

Abstimmung zu Punkt 1:

Antrag CVP: "Die Frist zur Behandlung der Initiative durch den Einwohnerrat wird bis Ende Juni 2008 verlängert," zustimmen.

17 Stimmen

Antrag CVP: "Die Frist zur Behandlung der Initiative durch den Einwohnerrat wird bis Ende Juni 2008 verlängert," nicht zustimmen.

9 Stimmen

Alwin Larcher (SVP)

Die Frist zur Behandlung der Initiative durch den Einwohnerrat wird bis Ende Juni 2008 verlängert.

Punkt 3:

Antrag Gemeinderat: "Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten und dem Einwohnerrat bis März 2008 zur Beschlussfassung zu unterbreiten."

Dieser Punkt 3 sei mit dem Vorschlag der CVP-Fraktion identisch.

Man habe vorhin über einen Punkt 1 abgestimmt, welcher ihm leider nicht schriftlich vorliege und jetzt schlage er vor, über Punkt 3 abzustimmen. Ihm fehle nun Punkt 2.

Über jenen Punkt, über welchen man zuerst abgestimmt habe, sei kein Punkt des Beschlusstextes gewesen. Dies sei einfach ein Grundsatzentscheid gewesen. Über Punkt 1 habe man soeben abgestimmt: "Die Frist zur Behandlung der Initiative durch den Einwohnerrat wird bis Ende Juni 2008 verlängert." Punkt 2 laute: "Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten und dem Einwohnerrat bis März 2008 zur Beschlussfassung zu unterbreiten."

Er möchte den Gemeinderat anfragen, ob man an diesem Termin März 2008 festhalte oder ob man die Möglichkeit sehe, den Termin vom März etwas hervorzunehmen, beispielsweise Januar.

An und für sich sei sie der Meinung, wenn man die Frist auf Juni 2008 verlängert habe, könne man sich die Zeit bis im März nehmen. Man müsse jetzt noch zusätzliche Abklärungen betreffend dem Gerichtsfall Reiden machen. Deshalb sehe sie nicht, dass man den Termin weiter nach vorne nehme. Wenn man früher fertig sei, dann selbstverständlich.

Beschlusstext

Abstimmung:

Punkt 2: "Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten und dem Einwohnerrat bis März 2008 zur Beschlussfassung zu unterbreiten, zustimmen.

21 Stimmen

Punkt 2: "Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten und dem Einwohnerrat bis März 2008 zur Beschlussfassung zu unterbreiten, nicht zustimmen.

1 Stimme

Alwin Larcher (SVP)

Konrad Durrer (L2O)

Alwin Larcher (SVP)

Robert Odermatt (SVP)

Manuela Bernasconi (CVP)

Alwin Larcher (SVP)

Abstimmung:

Punkt 3: "Der Gemeinderat hat dem Einwohnerrat bis März 2008 einen Zusatzbericht unter Berücksichtigung der aktuellsten Rechtsprechung vorzulegen", zustimmen.

18 Stimmen

Punkt 3: "Der Gemeinderat hat dem Einwohnerrat bis März 2008 einen Zusatzbericht unter Berücksichtigung der aktuellsten Rechtsprechung vorzulegen", nicht zustimmen.

4 Stimmen

Man habe mit diesen verschiedenen Varianten Mühe gehabt. Er möchte zu Händen seiner Nachfolgerin sagen, dass es dem Präsidenten inskünftig frei stehe die Anträge in schriftlicher Form zu verlangen. Man komme zur Gesamtabstimmung und er lese die Beschlüsse nochmals vor.

1. Die Frist zur Behandlung der Initiative durch den Einwohnerrat wird bis Ende Juni 2008 verlängert.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten und dem Einwohnerrat bis März 2008 zur Beschlussfassung zu unterbreiten.
3. Der Gemeinderat hat dem Einwohnerrat bis März 2008 einen Zusatzbericht unter Berücksichtigung der aktuellsten Rechtsprechung vorzulegen.

Gesamtabstimmung:

Dem Gesamtbeschluss wird mit 17 zu 9 Stimmen zugestimmt.

B + A Nr. 1344, Finanz- und Aufgabenplan 2008 - 2013

Mit dem B + A Nr. 1344 lege der Gemeinderat den Finanz- und Aufgabenplan für die Jahre 2008 bis 2013 vor. Die Unterlagen bestehen aus drei Teilen. Teil 1: Aus dem B + A des Gemeinderates. Teil 2: Aus dem umfangreichen Finanz- und Aufgabenplan, in welchem alle Annahmen und finanzrelevanten Veränderungen dargelegt werden und Teil 3: Aus der Berechnungstabelle und den Ergebnissen, wie diese aus dem Finanzplantoole der IDR resultieren. Alles in allem 60 Seiten Papier. Einleitend halte die Geschäftsprüfungskommission fest, dass der Finanzplan ein rechtlich unverbindliches Führungsinstrument des Gemeinderates sei. Der Finanzplan solle aufzeigen, wie sich die finanzielle Situation der Gemeinde Horw in den kommenden Jahren entwickeln werde oder könnte. Es sei eine Prognose in die Zukunft und solche Prognosen seien, wie man wisse, immer auch mit Unsicherheiten verbunden. Trotzdem sei der Finanzplan ein hilfreiches Instrument, weil dieser rechtzeitig darauf aufmerksam mache, in welche Richtung die Entwicklung gehe und auf welche Bereiche man ein besonderes Augenmerk haben müsse. Er denke deshalb, dass es heute weniger um die absoluten Zahlen als vielmehr um die Entwicklungstendenzen gehe. Die GPK habe den vorliegenden B + A geprüft und mit dem Gemeindepräsidenten, dem Gemeindeammann und mit dem Finanzsekretär diskutiert. Zusammenfassend komme man zu folgenden Feststellungen und Hinweisen: Die Basis für den Finanzplan bilde die Rechnung 2006 und das Budget 2007 sowie der aktuell gültige Legislaturplan. Der vorliegende Finanzplan rechne vorerst mit einem gleichbleibenden Steuerfuss von 1,7 Einheiten. Im Jahr 2010 werde dann eine Reduktion von 0,05 Einheiten oder 1/20 vorgesehen. Bei der wirtschaftlichen Entwicklung gehe der Gemeinderat von einer Fortsetzung einer aktuell guten Konjunktur aus und rechnet mit einem jährlichen Wachstum vom Brutto-Inland-Produkt von leicht mehr als 2 %. Er stütze sich dabei auf Aussagen von Konjunkturforschern sowie auf die Erwartungen vom SECO ab. Die genauen Annahmen seien in Form von Prozentzahlen, in Form einer Tabelle, im Finanzplan zusammengefasst und dargestellt. Auf der Einnahmenseite gehe es der Gemeinde Horw wieder besser. Bereits im vergangenen Jahr

Thomas Zemp (CVP)

konnte man mehr ordentliche Steuern einnehmen, als man geplant habe. Auch für die kommenden Jahre rechne man mit einem jährlichen Wachstum von 3 bis 4 Prozent. Ein wesentlicher Einfluss auf die Rechnung der Gemeinde Horw werden in den nächsten Jahren, wie auf kantonaler Ebene, die diskutierten und bereits beschlossenen Projekte haben. Dies sei erstens die Revision des Finanzausgleichs, diese werde uns entlasten. Zweitens die Finanz- und Aufgabenreform. Auch dort erwarte man eine Entlastung. Und drittens die Steuergesetzrevision, die bereits beschlossen sei, welche für die Gemeinde Horw eine Mehrbelastung bringen werde respektive einen Einnahmeausfall. Alles in allem rechne man mit einer Nettobelastung von 3 bis 4 Mio. Franken. Weitere Aufwands- und Ertragsveränderungen durch zusätzliche Dienstleistungen, Anschaffungen oder anderweitige Veränderungen seien in der Tabelle pro Funktion übersichtlich dargestellt. Betreffend Investitionen zeige sich, dass in den kommenden Jahren noch einige Vorhaben anstehen. Es werde mit rund 31 Mio. Franken Nettoinvestitionen inklusive Spezialfinanzierungen gerechnet. Damit werde sich die Verschuldung vergrössern. Bis 2013, wie es der Finanzplan kumuliere, knapp 20 Mio. Franken Finanzierungsfehlbetrag. Zu den Spezialfinanzierungen gebe es aus Sicht der GPK zur Zeit wenig anzumerken, ausser, dass man im Bereich Abfall aufgrund der geplanten Ertragsüberschüsse anlässlich dem Budget 2008 allenfalls über eine weitere Gebührensenkung diskutieren könne. Und zweitens, dass die Einführung der Kostenrechnung im Alters- und Pflegeheim wahrscheinlich steigende Taxen in die höhere BESA-Stufe zur Folge haben werde. Die GPK danke dem Gemeinderat und den zuständigen Mitarbeitern, insbesondere dem Finanzsekretär, für die Ausarbeitung des B + A. Die GPK empfehle dem Einwohnerrat auf den B + A 1344 einzutreten und im Anschluss an die Detailberatung auch zur Kenntnis zu nehmen. Die GPK werde während der Detailberatung noch einige Bemerkungen anbringen.

Die Bau- und Verkehrskommission behandle nur baurelevante Positionen. Der FAP, Finanz- und Aufgabenplan, zeige Schätzungen und Prognosen über den Finanzhaushalt der nächsten 6 Jahre. Der neue FAP sei im letzten Jahr allen Kommissionen zugestellt und vorgestellt worden. Diverse Bemerkungen und Anregungen kommentiere die Bau- und Verkehrskommission wie folgt: Die Gemeinde Horw besitze gute Infrastrukturen, die auch in Zukunft beibehalten und unterhalten werden sollen. Aufgrund der Zustandsaufnahmen in den Bereichen Strassenbau, Wasser und Siedlungsentwässerung werden grössere Projekte anstehen. Ein allzu verstärktes Sparen in diesen Bereichen könnte fatale Folgen haben. Die Bau- und Verkehrskommission werte die gesprochene Baubewilligung für die Seniorenresidenz Oberrüti positiv. Im Moment soll mit der Sanierung der Oberrütistrasse aber noch zugewartet werden. Die Strassensanierung St. Niklausenstrasse - Tannegg - Langensand soll nach Möglichkeit vor der Sanierung der Zentrumsstrassen vorgezogen werden. Für die Strassenzustandserhebungen habe man insgesamt 80'000 Franken ausgegeben. Darin sei ersichtlich, dass gemäss den vorgegebenen Prioritäten noch anderer Handlungsbedarf bestehe und Projekte mit über 250'000 Franken in der Investitionsrechnung erscheinen müssten. Dies sei im vorliegenden B + A 1344, FAP, nicht enthalten. Dies bedaure die Bau- und Verkehrskommission. Für die Sanierung und Erweiterung des Feuerwehrgebäudes von zweimal 500'000 Franken werde nächstens ein separater B + A zugestellt. Die Gemeindehaussanierung mit den heutigen raumklimatischen Ansprüchen werde extrem viele Kosten verursachen. Für eine Totalsanierung am 30-jährigen Gemeindehaus reichen die budgetierten 2,4 Mio. Franken nicht. Für die Sanierung des Oberstufenschulhauses sei die Situation ähnlich. Die finanziellen Mittel von 2,2 Mio. Franken seien eher zuwenig. Die technische Sanierung der Kleinschwimmhalle Spitz müsse geplant werden. Zugleich wisse man nicht, ob man sich in Luzern einmieten wolle. Es werden zusätzliche Kosten für die Entwicklungen in Horw auf uns zu kommen. Die Dringlichkeit der Seebadsanierung solle bei der Dringlichkeit von C auf B geändert werden. Im Winter sollte die Möglichkeit eines öffentlichen Durchgangs am See, wie beispielsweise bei der Badi Wartegg, geprüft werden. Die BVK haben den B + A 1344, FAP, einstimmig zur Kenntnis genommen und sei

Erhard Kälin (SVP)

für Eintreten.

Man wisse, dass der Finanz- und Aufgabenplan ein wichtiges Planungsinstrument sei. Man wisse aber auch, wie entfernter das Planungsjahr sei, desto ungenauer werde dieser. Es liege in der Natur der Sache, dass man die Einnahmen eher konservativ budgetiere und die Ausgaben eher progressiv. Deshalb könne ein verzerrtes Bild entstehen. Er denke aber, die Würdigung durch die GPK und die BVK habe das Ganze in ein anderes Licht rücken können, als wenn man dies einfach so lesen würde. Man könne sich deshalb auch weitgehend den Ausführungen der Vorredner anschliessen. Man werde sich sicherlich zum Thema Steuersenkungen äussern. Im Übrigen sei man für Eintreten auf den B + A 1344 und Kenntnisnahme, verbunden mit dem Dank an den Gemeinderat und an die Vertreter der Verwaltung für die grosse und genaue Arbeit. Wenn man sich an den Anfang des Finanz- und Aufgabenplans erinnere, dann dürfe man feststellen, dass dieser FAP jedes Jahr genauer bzw. nachvollziehbarer aufgebaut sei bzw. vom Einwohnerrat entsprechend gewürdigt werden.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Der Gemeinderat habe Wort gehalten und präsentiere, wie im letzten Jahr versprochen, den vorliegenden Finanz- und Aufgabenplan 2008 bis 2013 noch vor den Sommerferien. Man sehe den Finanz- und Aufgabenplan ebenfalls ganz klar als Planungsinstrument für die Zukunft, welcher aufzeige, was allenfalls finanzierbar sei und was nicht. Mit der rechtlichen Unvereinbarkeit dieses Finanz- und Aufgabenplans werden keine Entscheidungen vorweggenommen. Die FDP-Fraktion könne sich zum grössten Teil der Vorredner der GPK und der BVK anschliessen. Der Kernpunkt dieses Finanz- und Aufgabenplanes sei aus ihrer Sicht ganz klar die Aussage zum Steuerfuss der Gemeinde Horw. Die FDP-Fraktion wünsche sich seit Jahren eine attraktive Gemeinde auch bezüglich der Steuerbelastung. Man wolle die Steuerattraktivität erhöhen, aber gleichzeitig flankierende Massnahmen eingreifen, damit gute Steuerzahler nach Horw ziehen oder solche wegen Steuervorteilen in anderen Gemeinden wegziehen werden. Man unterstütze eine Vorwärtsstrategie mit entsprechenden Konsequenzen wie beispielsweise effizientes Standortmarketing sowie das Generieren von Steuern, welches aber nicht in sinnloses Sparen ausarten soll. Gemäss diesem Hintergrund von einem anhaltend starken Wirtschaftswachstum und wie man heute in der Tagespresse lesen konnte, seien diese Prognosen wieder weiter nach oben korrigiert worden, erachte die FDP eine Steuersenkung für 2008 als diskutierbar. Man bedanke sich bei allen Beteiligten, besonders beim Finanzsekretär, für die geleistete Arbeit. Eine kleine Anmerkung habe sie noch. Es wäre schön, wenn man künftig den Finanz- und Aufgabenplan farbig ausgedruckt bekommen könnte, wie beispielsweise einen Ausdruck aus dem Internet. Er wäre noch lesbarer und übersichtlicher. Die FDP-Fraktion sei einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Beim ersten FAP im vergangenen Jahr sei vor allem die neue Form positiv gewürdigt worden. Langsam komme auch die Zeit, wo man den Inhalt genauer anschau. So sei aufgefallen, dass sich die Ziele und Massnahmen teilweise widersprechen. Beispielsweise sei ein finanzpolitisches Leitziel, dass der Steuerfuss stabil bleiben soll. Es sei aber unverständlich, dass in 3 Jahren eine Steuersenkung vorgesehen sei, genau in jener Zeit, in welcher mit einem Aufwandüberschuss gerechnet werde. Das alle diese Ziele in der 2. Version noch nicht ganz konsistent seien, darüber könne man hinwegsehen, aber dass die finanziellen Massnahmen sich mit den Leitzielen und den Gemeindegemeinschaften beisse, dies begreife man nicht. Im Leitbild der Gemeinde Horw seien unter anderem folgende Leitziele definiert: Horw positioniere sich als familienfreundliche Gemeinde. Alle Bevölkerungsschichten seien integriert. Horw setzt auf solidarisches Zusammenleben und eine geordnete soziale Durchmischung, auf Integration, Toleranz und Ethik. Es stehe genügend Wohnraum zur Verfügung. Die finanzpolitischen Ziele liegen noch innerhalb des Rahmens der übergeordneten Leitziele. Die Massnahmen widersprechen aber ganz klar den Zielen aus dem Leitbild. Zusammenfassend könne

Heiri Schwegler (L2O)

gefolgt werden, dass das Steuersubstat immer mehr gesteigert werden solle und dahin ziele, dass in Horw bald keine Steuern mehr bezahlt werden müssen. Aber wie solle dann die Gemeinde geschätzte und gute Dienstleistungen erbringen? Im FAP sei folgende Massnahme definiert: "Die Dienstleistungen der Gemeinde soll zu Vollkosten verrechnet werden." Vollkosten setzen sich zur Erinnerung wie folgt zusammen: Personaleinsatz, plus direkten Sachmitteleinsatz, plus Kapital usw. unter anderem auch Gebäudeleistungen. Das Ergebnis: Die Gebühren zum Bauen müssen massiv gesteigert werden. Das Mieten von Lokalitäten werde einiges teurer. Wer werde dann noch im Altersheim leben können? Das Heiraten und Sterben werde teurer, der Unterhalt der Strassen werde massiv teurer werden, der ÖV und natürlich auch die Musikschule werden teurer. Nun solle man sich fragen, wer sich in Zukunft noch leisten könne, in Horw zu leben und zu wohnen. Etwa der ehemalige Mittelstand, alle Pensionäre, welche mit der Pensionskasse einen völlig sicheren Lebensabend verbringen werden, Familien, welche durch die gemeinsame Arbeit ähnlich tiefe Steuern bezahlen können. Im Ernst, Horw werde es sich nur leisten können, wenn nach Abzug der Steuern das Geld vorhanden sei, alle Gebühren zu zahlen. Wie heisse es im Leitbild nochmals? Horw setzt auf solidarisches Zusammenleben und eine gute soziale Durchmischung. Die L2O-Fraktion fordere den Gemeinderat auf, das Leitbild dringend im nächsten FAP zu integrieren und dass er sich Überlegungen mache, wie er in Zukunft die Gebührenstrategie und Kostenverrechnung fahren wolle und diese ebenfalls in den FAP integrieren solle. Denn die Steuern und die Verrechnung der Gemeindedienstleistungen hängen sehr direkt miteinander zusammen. Die L2O-Fraktion danke allen Beteiligten für die Arbeit und sei für Eintreten.

Der Finanz- und Aufgabenplan, welcher sich über 5 Jahre erstrecke, könne keinerlei verbindliche Wirkung haben, sondern bilde lediglich einen Leitfaden. In diesem Prinzip sei dies auch im vorliegenden B + A nahe gelegt worden. Es sei erkennbar, dass viel Möglichen und Unmögliches, ja sogar Visionäres, enthalten sei. In diesem Zusammenhang scheinen die Bemerkungen, welche der Rat dazu mache, sehr wichtig. Diese werden protokolliert und bilden einen integralen Bestandteil der Planung. Die SVP-Fraktion werde einige Bemerkungen abgeben. Das gesamte ausgewiesene Eigenkapital, von im Moment 9 Mio. Franken, welches im Verlaufe der Planungsperiode verbraucht werde und sich der Finanzhaushalt nach 5 Verlustjahren wieder stabilisieren solle, sei noch unklar. Ein Plan setze immer auch eine Zielsetzung dar. Ein Leitziel der Finanzpolitik von Horw sei eine ausgeglichene Rechnung im Durchschnitt von 5 Jahren. Dies entspreche der Dauer dieser Planungsperiode. Die Gemeindeverwaltung und der Gemeinderat seien aufgefordert, diesem Ziel auch entsprechend nachzuleben. Die SVP-Fraktion sei für Eintreten.

Robert Odermatt
(SVP)

Es sei zwar langsam Routine, er danke aber, dass dieser FAP wohlwollend aufgenommen wurde. Selbstverständlich werde er den Dank dieses ausführlichen Papiers an das Finanzdepartement weiterleiten. Es möge sein, dass dieses Werk momentan noch schwer in den Händen liege, nicht nur vom Zahlenmaterial her, sondern auch vom Umfang. Wie man verschiedentlich selber festgestellt habe, sei es informativ. Es könne eine Zusatzhilfe sein, wenn man vertieft in dieses Papier hineingehe. Auch für den Gemeinderat sei es nicht nur eine Floskel, wenn man sage, dass das ein Führungspapier sei, sondern man könne mit diesem Leben und in die Zukunft gehen. Selbstverständlich, weil es ein rollendes Führungspapier sei, gebe es fast wöchentlich Veränderungen. Vor allem jetzt, wenn langsam Zahlen vom Kanton kommen und wenn heute noch die Bemerkungen des Rates einfließen, dann werde es entsprechende Änderungen geben. Es sei richtig erwähnt worden, dass die Finanzreform auf Kantonsgebiet, im Kantonsparlament, noch nicht definitiv abgesegnet sei. Auch dies werde noch einiges verändern. Man habe aber auch gehört, dass sich die Wirtschaft positiv entwickeln werde. Er glaube, man dürfe optimistisch sein, wenn man in diese Planungsjahre hineinschaue und so auch für Horw eine prosperierende Zukunft voraussagen dürfe. Richtigerweise

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

sei das Budget schlussendlich das entscheidende. Man solle Bemerkungen zum FAP heute erwähnen, aber man solle daran denken, entschieden werde schlussendlich im Budget und das nächste stehe schon bald vor der Türe. Man habe bekanntlich ein erfolgreiches Ergebnis aus der Rechnung 2006, welches man vollends in das Eigenkapital getan habe. Man habe dies bewusst gemacht, weil das Eigenkapital die meisten Freiheiten gegenüber Vorinvestitionen, Vorbildungen usw. lasse. Für die Zukunft habe man doch ein Polster von annähernd 9 Mio. Franken, welche nicht nur im Steuerbereich, sondern auch bei den Investitionen Möglichkeiten offen lassen. Er möchte auf zwei, drei Bemerkungen eingehen, welche in den Voten erwähnt wurden. Von der GPK habe man gehört, dass sich die Investitionen jährlich bei 4 bis 5 Mio. Franken einpendeln werden. Bei der BVK dürfe er unterstützen, dass man gute Infrastrukturen habe und man diese nicht vernachlässigen solle und die Mindestinvestitionen in Zukunft gut im Auge behalte. Von der FDP-Seite nehme er die Anregung der farbigen Tabellen gerne entgegen. Das Papier könne visualisiert werden, ob dies schraffiert oder farbig sei, das werde man sich überlegen. Zur L2O-Fraktion möchte er sagen, dass ein stabiler Steuerfuss nicht zwingend gleich bleibe, sondern er meinte, dass wenn er stabil sage, dieser nicht sprunghaft sein. Denn dies würde nicht nur die Finanzpolitik verunsichern, sondern auch einige oder zukünftige Bewohner. Also stabil sei nicht gleich sprunghaft oder gleichbleibend. Man dürfe nicht vergessen, dass Vollkosten auf gewissen Gebieten gerechtfertigt seien. Man habe auch einige Spezialfinanzierungen, wo man versuche die Vollkosten zu erreichen, damit diese mit den Gebühren entsprechend gedeckt werden können. Aber man habe selbstverständlich Gebiete, bei welchen man zum Ausgleich Steuergelder beiziehen müsse. Zum Votum der SVP bezüglich Eigenkapital habe er kurz ange-tönt; 5 Jahre ausgeglichen, dies sei richtig. Man solle aber nicht übersehen, wenn man den Punkt auf Seite 2 oder 3 anspreche, 100'000 Franken daneben, entsprechen ungefähr 0,1 % des Umsatzes. Es sei eine Zeitaufnahme, wo man die Zahlen entsprechend veröffentliche, addiere und vielleicht habe es irgendwo noch einen kleinen Formelfehler enthalten, aber ansonsten sei dieses Planungsinstrument für den Einwohner-rat sehr wertvoll. Besten Dank für das Wohlwollen und für eine positive Kenntnisnahme.

Detailberatung

Alwin Larcher (SVP)

1.2 Ziel 1: Die Gemeinde Horw präsentiert im Durchschnitt von fünf Jahren eine ausgeglichene Rechnung

Thomas Zemp (CVP)

Ziel 1 beinhaltet, dass im Durchschnitt von 5 Jahren eine ausgeglichene Rechnung erreicht werde. Ab 2011/2012 werde dies im Fall dieses Finanzplanes nicht mehr der Fall sein, dass man dieses Ziel erreichen würde. Heiri Schwegler habe es bereits erwähnt, man habe in der GPK diverse Zielkonflikte oder Feststellungen gemacht, wo man sagen musste, dass diese Zielsetzungen zum Teil nicht erreicht werden. Dies wäre hier beispielsweise der Fall.

1.1 Ausgangslage

Punkt 3: "Der Steuerfuss der Gemeinde Horw bleibt stabil." Der Gemeinderat widerspreche sich auf verschiedenen Seiten. Zum Beispiel auf Seite 5 bei der Beurteilung der Kennzahl: "Nur mit einem attraktiven Steuersatz gegenüber der Stadt Luzern und dem Kanton Nidwalden kann das Ziel erreicht werden." Somit wäre der Steuerfuss konsequent zu reduzieren, wie es auch der Gemeinderat vorsehe. Folgerichtig würde es dann unter Punkt 3 heissen: "Der Steuerfuss der Gemeinde Horw sinkt."

Robert Odermatt (SVP)

Seite 6

Die GPK stelle hier folgenden Antrag und möchte eine Bemerkung zur Überweisung des Steuerfusses abgeben: "Der Steuerfuss soll bereits auf das Steuerjahr 2008 gesenkt werden. Über das Ausmass der Senkung soll im Rahmen der Beratung des Budgets 2008 entschieden werden." Es sei ihnen ein Anliegen, dass man über diese Bemerkung

Thomas Zemp (CVP)

abstimme, damit der Gemeinderat bereits heute sehe, wie das Parlament denke und dies beim Budget entsprechend berücksichtigen könne.

Er bitte, dem Antrag nicht zuzustimmen. Man habe vorhin bei den Ausführungen der BVK gehört, dass man sehr grosse Investitionen vor sich habe. Man habe noch nicht einmal die Fakten für diese Investitionen auf dem Tisch und er finde es vermessen, wenn man über die Steuerfüsse entscheide, bevor man überhaupt wisse, was auf uns zukomme.

Jörg Stalder (L20)

Die Bemerkung laute wie folgt: "Der Steuerfuss der Gemeinde Horw soll bereits per 2008 gesenkt werden. Über das Ausmass der Senkung soll im Rahmen der Beratung des Budgets beraten werden."

Thomas Zemp (CVP)

Den vorliegenden FAP könne man zur Kenntnis nehmen oder nicht zur Kenntnis nehmen, aber Anträge zu diesem Papier sollten im Rat keine stattfinden. Man könne eine Bemerkung zu Handen des Protokolls abgeben, aber keine Anträge.

Ruedi Meier (FDP)

Dies sei vielleicht früher so gewesen. Doch man habe im Einwohnerrat einen Beschluss gefasst, wonach man solche Bemerkungen machen könne, bei welchen man früher nur Kenntnis nehmen konnte und die Bemerkungen werden protokolliert und über diese werde abgestimmt und die bilden einen integrierenden Bestandteil vom B + A. Darüber habe man am 16. November 2006 abgestimmt.

Alwin Larcher (SVP)

Abstimmung:

Antrag GPK für eine Bemerkung: Die GPK bringt eine Bemerkung an "Der Steuerfuss der Gemeinde Horw soll bereits per 2008 gesenkt werden. Über das Ausmass der Senkung soll im Rahmen der Beratung des Budgets beraten werden." zustimmen.

20 Stimmen

Antrag GPK für eine Bemerkung: Die GPK bringt eine Bemerkung an "Der Steuerfuss der Gemeinde Horw soll bereits per 2008 gesenkt werden. Über das Ausmass der Senkung soll im Rahmen der Beratung des Budgets beraten werden." nicht zustimmen.

7 Stimmen

Seite 7: "Mit der Auflösung von Reserven können zusätzlich Abschreibungen getätigt werden."

Robert Odermatt (SVP)

Für ihn sei dieser Satz unverständlich und er hätte dazu entsprechende Erläuterungen gebraucht, vielleicht kommen diese noch. Nach seinem Verständnis sei dies ein Null-Summen-Spiel, wenn man auf der einen Seite Reserven auflöse und auf der anderen Seite Abschreibungen mache. Er sei auf die Ausführungen gespannt.

Es sei so, dass zusätzliche Abschreibungen in diesem Rahmen gemacht werden. Er möchte aber zum Abschreibungsthema darauf hinweisen, wenn man mit der neuen Anlagebuchhaltung komme. Es könnte eintreten, dass man mit der Anlagebuchhaltung mit den Abschreibungen bereits etwas voraus sei. Sei es Finanz- oder Verwaltungsvermögen. Es könne Korrekturen geben, aber es sei schwierig dies heute abzuschätzen. Aber diese Aussage, welche so formuliert sei, sei korrekt.

Gianmarco Helfenstein (CVP)

Namens der GPK möchte er zur Tabelle "Kennzahl Selbstfinanzierungsgrad aus dem Finanzplan" ebenfalls noch einen Hinweis machen. Das Ziel 4 beinhalte eigentlich, dass der Selbstfinanzierungsgrad der Gemeinde Horw mindestens 80 % betrage. Dies sei aber bereits ab dem Jahr 2007 der Fall, dass man dieses Ziel nicht mehr erreichen könne.

Thomas Zemp (CVP)

Seite 7: Ziel 5: Massnahmen "gezielte Aufnahme von langfristigen Darlehen bei günstigen Zinsbedingungen"

Robert Odermatt
(SVP)

Seiner Ansicht nach sei dies eine Leerformel oder eine Worthülse. Selbstverständlich erwarte man, dass der Gemeinderat diese Darlehen gezielt aufnehme. Alles andere wäre unverantwortlich. Ob diese Darlehen lang- oder kurzfristig sein werden und ob diese günstig aufgenommen werden können, dies entscheide erstens den Finanzbedarf der Gemeinde und zweitens das materielle Umfeld, nämlich der Markt.

Pause

Seite 15: "Visionäre Idee eines Musikschulhauses prüfen"

Thomas Zemp (CVP)

Hier möchte die GPK eine 2. Bemerkung, welche ebenfalls als Bemerkung überwiesen werden soll: "Der damalige Vorstoss betreffend Prüfung eines Musikschulhauses wurde im Einwohnerrat deutlich abgelehnt. Ebenso wurde in der Zwischenzeit mehrfach darauf hingewiesen, dass dieses Anliegen deshalb aus den Aufgaben- und Finanzplänen gestrichen werden soll. Dies ist hiermit einmal mehr der Fall."

Dies sei ein Antrag auf Streichung des Absatzes "Visionäre Idee eines Musikschulhauses prüfen".

Alwin Larcher (SVP)

Wie gesagt, den Bericht und Antrag könne man nicht verändern, es sei ein Antrag um über diese Bemerkung abzustimmen, damit der Gemeinderat wisse, dass 2/3 dieses Rates kein Musikschulhaus wollen und dass man es beim nächsten Mal streiche.

Thomas Zemp (CVP)

Das Musikschulhaus sei ein altes Anliegen von ihm und der ganzen L2O-Fraktion. Er möchte dazu nur sagen, die gute Gemeinde Horw, wenn man über den Gartenzaun hinausschaue, dann sehe man, dass Kriens ein Musikschulhaus habe, die Stadt mit dem Kulturwerk Platz Süd in die Nähe komme und er glaube, dass man dies im FAP lassen sollte, allein schon zur Findung unserer Identität, damit diese gestärkt werden kann und damit man nicht versuche, sich dem Kulturwerk Platz Süd anzuschliessen, weil dort das Angebot sehr gut sei.

Jörg Stalder (L2O)

Der Gemeinderat hat dieses Musikschulhaus für das Jahr 2012 in den FAP aufgenommen. Er wisse, es sei in der Vergangenheit einiges darüber gesagt worden. Dies seien einzelne Voten gewesen, abgestimmt habe man seiner Meinung nach nicht. Man habe dies zumindest in den Akten nicht gefunden und der Gemeinderat wolle beliebt machen, dies so stehen zu lassen.

Markus Hool (FDP)

Herr Hool sei vielleicht noch nicht so lange dabei. Es sei ein Postulat von Herrn Stalder gewesen und natürlich sei schon darüber abgestimmt worden. Was auch noch interessant sei, dass man dem Einwohnerrat bei der Diskussion des FAP mehrfach gesagt habe, dass es sich bei diesem Punkt um einen Fehler handle, dass dies hineingerutscht sei. Er nehme an, dass es sich doch nicht um einen Fehler handle, dann müsste sich der Gemeinderat vielleicht intern einig werden, was sie wollen und was nicht.

Thomas Zemp (CVP)

Abstimmung über die Bemerkung:

Antrag von Thomas Zemp mit folgender Bemerkung: Die "Visionäre Idee eines Musikschulhauses prüfen" soll nicht weiterverfolgt werden, zustimmen.

19 Stimmen

Antrag von Thomas Zemp mit folgender Bemerkung: Die "Visionäre Idee eines Musikschulhauses prüfen" soll nicht weiterverfolgt werden, nicht zustimmen.

7 Stimmen

Alwin Larcher (SVP)

Seite 15: "Schulsozialarbeit für die Primarstufe einführen"

Dieser Punkt könnte nach Meinung der SVP-Fraktion weggelassen werden.

Robert Odermatt (SVP)

In diesem Jahr werde ein B + A betreffend Schulsozialarbeit kommen und deshalb mache er beliebt, dies vorerst so stehen zu lassen.

Markus Hool (FDP)

Er habe keinen Antrag auf Streichung gestellt, er habe gesagt, dass dies die Meinung der SVP-Fraktion sei.

Robert Odermatt (SVP)

Er habe einen Hinweis zu Seite 16 seitens der GPK. Man spreche von einem "Sparpaket 2006: Sekundarstufe I". Man habe nicht herausgefunden was gespart werde, denn letztlich werde es Jahr für Jahr teurer. Es sei klar und begründet, weshalb die Schule teurer werde, aber man spreche von einem Sparpaket. Desgleichen sei auf der Seite 15 zuunterst, dort rede man auch von "Sparpaket 2006: Primarschule". Dort gehen die Kosten tatsächlich zurück und dies sei begründet, weil die Schülerzahlen um 20 % sinken. Man sehe nicht ein, dass es sich bei diesen Punkten um ein Sparpaket handle. Es seien doch immerhin 80 Seiten die man lese, der Einwohnerrat nehme sich diese Zeit, deshalb weise man auch darauf hin, dass man dies nicht als Sparpaket sehe. Es entgehe ihnen nicht, man frage sich einfach, was sich der Gemeinderat dabei gedacht habe, wenn man von Sparpaket rede.

Thomas Zemp (CVP)

Seite 17: "Gemeindeausstellung durchführen"

Die GPK habe einen Antrag zu einer Bemerkung. Die Bemerkung laute wie folgt: "Anlässlich der Budgetdebatte für das Budget 2006 und 2007 wurde darauf hingewiesen, dass nur alle 4 Jahre eine Gemeindeausstellung geplant und durchgeführt werden soll. Dies soll auch im Finanz- und Aufgabenplan korrekt wiedergegeben werden." So wie es dargestellt sei, plane man bereits nach drei Jahren wieder eine Ausstellung. Die GPK sei der Meinung, dass die nächste Ausstellung erst im 2011 wieder fällig sei.

Thomas Zemp (CVP)

Die L2O-Fraktion sei damit nicht einverstanden, dass die Gemeindeausstellung, welche in diesem Jahr stattfinde, erst wieder in 4 Jahren durchgeführt werde. 1994 habe der Einwohnerrat entschieden, dass anstelle eines Ortsmuseums, Gemeindeausstellungen stattfinden sollen. Damals fand man, dass diese Form von Kulturvermittlung in Horw viel flexibler und zeitgemässer sei. Der Einwohnerrat habe damals bestimmt, dass die Ausstellungen alle 3 Jahre stattfinden sollen. In der Zwischenzeit haben einige Gemeindeausstellungen stattgefunden und haben viel Beachtung gefunden. Die L2O-Fraktion wolle, dass die nächste Ausstellung im Jahr 2010 stattfinde und nicht um ein Jahr verschoben werde. Die L2O-Fraktion unterstützen den Vorschlag des Gemeinderates.

Rita Wyss (L2O)

Im Gegensatz zum Musikschulhaus habe der Gemeinderat die Diskussion zu diesem Thema Gemeindeausstellung gefunden. Wobei ihm der Widerspruch vom Musikschulhaus auch klar sei. Das Postulat habe man wahrscheinlich übersehen, das sei richtig. Er möchte darauf hinweisen, dass man diesen Punkt Gemeindeausstellung im Budget 2006 richtigerweise behandelt habe. Dazumal seien viele Aussagen gemacht worden. Frau Brigitte Germann habe gesagt, dass man den Rhythmus breche; Herr Larcher

Gianmarco Helfenstein (CVP)

habe gesagt, dass es eine Kommission betreffend Ortsmuseum gegeben habe; dann habe der Alt-Gemeindepräsident ebenfalls ergänzt; Thomas Zemp habe für einen Zyklus von 4 bis 5 Jahren plädiert und jemand anders habe noch einen Zyklus von 3 bis 4 Jahren bzw. pro Legislatur vorgeschlagen. Falsch sei aber, dass man damals abgestimmt habe. Dazumal habe man über den Kredit von damals 26'000 Franken im Budget auf 16'000 Franken abgestimmt. Diesen Antrag habe man abgelehnt. Er müsse sagen, dass er froh sei, dass man heute nochmals darüber abstimme und klar sehe, was man für einen Rhythmus haben wolle. Dann hoffe er, dass dieser Punkt im nächsten Jahr im richtigen Jahr eingetragen sei.

Abstimmung:

Antrag GPK für eine Bemerkung: "Die Gemeindeausstellung soll einmal pro Legislatur also alle 4 Jahre durchgeführt werden", zustimmen.

20 Stimmen

Antrag GPK für eine Bemerkung: "Die Gemeindeausstellung soll einmal pro Legislatur also alle 4 Jahre durchgeführt werden", nicht zustimmen.

6 Stimmen

Alwin Larcher (SVP)

Frau Wyss habe noch einen Antrag gestellt, dass die Gemeindeausstellung alle 3 Jahre durchgeführt werden soll. Frau Wyss halte an diesem Antrag nicht fest.

Seite 23: Tempo 30- und verkehrsberuhigte Zonen fördern

Für "Tempo 30- und verkehrsberuhigte Zonen fördern" seien jährlich 100'000 Franken und ab dem Jahr 2010 immer noch 50'000 Franken vorgesehen. Die SVP-Fraktion sei der Meinung, dass man solche Zonen schon reichlich und genügend habe. Man sei aber auch der Meinung, dass es sicherlich Einzelfälle gebe, wo es berechtigt sei, dies zu fördern. Deshalb möchte er die Bemerkung anbringen, dass die halben Beträge, nämlich im 2008 und 2009 je 50'000 Franken und anschliessend je 25'000 Franken vollkommen genügen würden.

Robert Odermatt
(SVP)

Man habe sich dies wohlweislich überlegt, als man diese Beträge festgelegt habe und man habe gesehen, dass man diese später wirklich reduziere. Ob es dann genau diese Beträge seien, dies sei im FAP nicht das Thema, sondern die Zahlen werden im Budget Thema sein. Im Moment habe man so viele Begehren von Quartieren, die Tempo 30-Zonen wollen. Sie erinnere beispielsweise an das Neumattquartier oder an das Kastanienbaum- und Felmisquartier. Man habe das Gefühl, man habe wirklich schon sehr viele solche Zonen, aber dadurch dass man sich an diese Zonen gewöhnt habe, haben diese Quartiere Begehren an den Gemeinderat gestellt, wo sie der Meinung seien, dass man signalisieren müsse, dass dort noch Kosten kommen werden. Die Kosten werden, wie aus dem FAP ersichtlich sei, sicherlich abnehmen.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Er habe einen Hinweis in eigener Sache im Zusammenhang mit der Sanierung der St. Niklausenstrasse. Er habe einmal eine Motion eingereicht, welche überwiesen worden sei. Er habe in dieser Motion verlangt, dass man drei Teilabschnitte mache, wie sich dies im FAP auch reflektiere. Er habe darum gebeten, dass man die drei Teilabschnitte gleichzeitig projektieren solle, weil man nämlich wisse, dass in einem Teilabschnitt ziemlich komplizierte Landverhandlungen stattfinden werden und man davon ausgehen müsse, dass dort ein Enteignungsverfahren angestrengt werden müsse. Dies benötige viel Zeit. Deshalb möchte er nochmals darauf hinweisen, wie wichtig es sei, vor allem im Abschnitt Tannegg - Langensand, dass man dort mindestens das Projekt vorantreibe und einen Beschluss fällen könne und dass man das Enteignungsverfahren angehen könnte, falls es denn notwendig sei. Das man etappiert realisieren müsse, sei selbstverständlich und er denke, dass es auch Sinn mache, dass man so etappiere, wie es im FAP reflektiert werde. Er bitte sehr, dass mit diesem Projekt vorwärts gemacht werde,

Thomas Zemp (CVP)

nicht dass man irgendwann im 2010, wenn man realisieren möchte, erst mit dem Ent- eignungsverfahren beginnen könne.

Man sei momentan dabei, den B + A auszuarbeiten, weil man gesagt habe, dass dieser im Herbst vorliege. Sie sei der Auffassung gewesen, dass in dieser Motion stehe, dass man etappieren müsse und wenn der B + A vorgelegt werde, Aussagen zum Gesamt- projekt St. Niklausenstrasse mache. Der Gemeinderat habe dies nun so aufgefasst, dass sie ein Betriebs- und Gestaltungskonzept über den Rest vorlegen werden. Dann sehe man, wie dies dann schlussendlich aussehe, aber mit der 1. Etappe in der Projekt- phase komme. Sie komme auf die Bemerkung von Herrn Zemp, dass man frühzeitig in der kommenden Etappe diese Landverhandlungen machen müsste, zurück. Es sei so, dass man jetzt in der 1. Etappe, Post bis Utohorn, bereits alle Landverhandlungen, bis auf eine Person, abgeschlossen habe, jetzt wo man mit dem Projekt komme. Dies habe man vorweg zu tätigen. In diesem Fall, welchen er anspreche, sei dies vielleicht etwas schwieriger, da habe er Recht.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Das Votum von Herrn Zemp sei eigentlich das gleiche wie von der BVK. Man habe schon seit längerer Zeit und wiederholt eingebracht, dass man diese Planung ge- samtheitlich anschauen und nur die Ausführung etappiert machen solle. Er würde sogar sagen, dass diese Bemerkung in diesen Bericht einfließen sollte, dass dies so verstan- den werde.

Roger Jenni (FDP)

Antrag Jenni: Die Planung solle gesamtheitlich erfolgen und die Ausführung könne man etappiert machen.

Roger Jenni (FDP)

Sie sei der Meinung, dass sie dies genau so ausgeführt habe. Dass man beim B + A bereits am Ausarbeiten sei und eine Aussage über die ganze Planung mache und an- schliessend etappiert mit der 1. Etappe komme.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Wenn sich der Gemeinderat daran nicht störe, dann habe dieser sicherlich keinen Ein- wand gegen diesen Antrag. Er möge sich an Situationen erinnern, bei welchen Anträge, die nicht notiert worden seien, erfolgreich ignoriert wurden.

Roger Jenni (FDP)

Abstimmung:

Antrag Jenni für eine Bemerkung: Die Planung soll gesamtheitlich erfolgen, die Ausfüh- rung etappiert, zustimmen.

20 Stimmen

Antrag Jenni für eine Bemerkung: Die Planung soll gesamtheitlich erfolgen, die Ausfüh- rung etappiert, nicht zustimmen.

1 Stimme

Alwin Larcher (SVP)

Er habe noch einen Hinweis auf Seite 32 zum Sparpaket. Wenn man von einem "Spar- paket 2006: Beitrag Hochstammobstbäume" minus 50'000 Franken rede, dann rede er nicht von einem Sparpaket. Es handle sich dabei einfach um einen B + A, welcher in seiner Ausführung auslaufe. Man habe damals beschlossen über 10 Jahre die 50'000 Franken zu sprechen, doch dieser B + A laufe im Jahr 2009 aus und so gesehen handle es sich dabei nicht um ein Sparpaket, weil die 50'000 Franken sogleich wieder auf der Seite 31 eingesetzt werden "Als Ersatz für das Projekt Förderung von Hochstammobst- bäumen" mache man ein "Vernetzungsprojekt Landschaft".

Thomas Zemp (CVP)

Man könne dies so sehen, aber man könnte diesen Betrag auch wieder neu beantra- gen, dass dieser so weiterlaufe. Aber der Gemeinderat sei der Meinung, dass in der

Manuela Bernasconi
(CVP)

heutigen Zeit, nach diesen 10 Jahren, in welchen dieser Hochstammobstbaum gelaufen sei und etwas Gutes gewesen sei, sie hoffe, dass dieser nun nicht dem Feuerbrand zum Opfer falle, sondern dass man dies in Zusammenhang mit diesem Vernetzungsprojekt, welches man in der Zwischenzeit lanciert habe, wahrscheinlich noch sinnvoller eingepackt werden könne. Dort rede man selbstverständlich nicht über die Höhe der Beträge. Diese seien im Gesamtpaket "Vernetzungsprojekt" enthalten. Da gebe es wieder Gelegenheit bei der Budgetdebatte.

Auf Seite 39: Wachstum Steuerkraft schreibe der Gemeinderat: "Die Gemeinde Horw verzeichnete gegenüber der Region Luzern in den letzten Jahren eher ein unterdurchschnittliches Wachstum bei den Steuererträgen." Die SVP-Fraktion frage sich, warum man dies in unserer privilegierten, Toplage in Horw habe.

Robert Odermatt
(SVP)

Auf Seite 40: Investitionen schreibe der Gemeinderat: "...im Umfang von 36.6 Mio. Franken." Auf Seite 41 weise man dann in der Tabelle 30.039 Mio. Franken aus. Diese Frage sei bei der GPK noch pendent und man erwarte vom Gemeindeammann eine Antwort, welche der beiden Zahlen nun korrekt sei.

Thomas Zemp (CVP)

Korrekt sei die Zahl 30 Mio. Franken. Gleichzeitig betreffe dies den Zeitraum für das Budget 2007 bis 2013.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Seite 49 sei ebenfalls noch eine Frage offen, die der Gemeindeammann beantworten sollte. In der Tabelle „0 Allgemeine Verwaltung“, habe man den Eindruck, dass wenn man dies mit dem FAP vergleiche, dass sich diese Zahlen um ein Jahr verschoben haben. Er glaube, diese 150'000 Franken müsste man entweder im 2007 oder 2009 eintragen. Er wisse nicht, ob es sich um einen Formelfehler handle oder ob dies falsch übertragen worden sei.

Thomas Zemp (CVP)

Diese Feststellung sei richtig. Die Zahlen auf Seite 10 seien korrekt. Er wolle nicht alles wiederholen, die Zahlen verschieben sich nach links.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Zur Spezialfinanzierung Abfall auf Seite 58 habe die GPK nochmals einen Antrag zu einer Bemerkung. Die Bemerkung laute wie folgt: "Nachdem die Finanzplanung für die kommenden Jahre Ertragsüberschüsse von jährlich ca. 100'000 Franken zeige, soll im Rahmen des Budgets 2008 eine Senkung der Grundgebühr erfolgen." Selbstverständlich rede man im Rahmen des Budgets wieder darüber, aber man möchte nächstes Mal nicht wieder das Budget neu machen, sondern man möchte, dass dies bereits richtig einflüsse.

Thomas Zemp (CVP)

Sie möchte eine Bemerkung machen, dass man vielleicht wieder einmal diskutieren sollte, ob Grüngut kostenpflichtig werde und dann könne man die Gebühren vielleicht nicht senken, sondern man müsse dies in einem Gesamtzusammenhang sehen.

Brigitte Germann-
Arnold (L2O)

Abstimmung:

Alwin Larcher (SVP)

Antrag GPK zu einer Bemerkung: "Nachdem die Finanzplanung für die kommenden Jahre Ertragsüberschüsse von jährlich ca. 100'000 Franken zeige, soll im Rahmen des Budgets 2008 eine Senkung der Grundgebühr erfolgen." zustimmen.

19 Stimmen

Antrag GPK zu einer Bemerkung: "Nachdem die Finanzplanung für die kommenden Jahre Ertragsüberschüsse von jährlich ca. 100'000 Franken zeige, soll im Rahmen des Budgets 2008 eine Senkung der Grundgebühr erfolgen." nicht zustimmen.

5 Stimmen

Beschlussestext:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2008 bis 2013 wird mit 21 zu 3 Stimmen zur Kenntnis genommen.

Alwin Larcher (SVP)

B + A Nr. 1345, Zonenplan Horw - Zwei Anpassungen im Bereich der Autobahn A2

Der vorliegende B + A gebe für die Bau- und Verkehrskommission keinen Anlass zur Kritik. Man könne diesen vorbehaltlos genehmigen.

Roger Jenni (FDP)

Die CVP-Fraktion sei ebenfalls für Eintreten und Zustimmung des B + A. Man werde aber gleichzeitig beantragen, dass auf eine 2. Lesung verzichtet werde.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Die FDP-Fraktion sei einstimmig für Eintreten und Annahme.

Irène Zingg-Vetter (FDP)

Die L2O-Fraktion habe den B + A angeschaut. Der Einwohnerrat habe einmal den Bauungsplan Pilatushang beschlossen. Die L2O-Fraktion sei ebenfalls dafür, dass dies speditiv umgesetzt werden könne und sei für Eintreten und Annahme.

Jörg Stalder (L2O)

Er könne nichts Neues präsentieren. Der B + A sei in Ordnung. Man solle diesen genehmigen und auf eine 2. Lesung verzichten.

Robert Odermatt (SVP)

Es sei der Antrag auf Verzicht für eine 2. Lesung gestellt worden. Man werde dies unter Punkt 4 im Beschlussestext behandeln.

Alwin Larcher (SVP)

Sie danke für die gute Aufnahme und sie glaube, dies gebe auch für die Bauwilligen eine gewisse Rechtssicherheit.

Manuela Bernasconi (CVP)

Beschlussestext

Alwin Larcher (SVP)

1. Die Umzonungen in den Gebieten Bodenmatt und Kleinwil werden gutgeheissen wird mit 27 zu 0 Stimmen gutgeheissen.
2. Der Beschluss Ziff. 1 unterliegt gemäss Art. 9 lit. d der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum der Stimmberechtigten. Das Referendum usw.
3. Die Zonenplananpassungen sind nach dem unbenützten Ablauf der Referendumsfrist dem Regierungsrat zur Genehmigung zu unterbreiten.
4. Auf eine 2. Lesung vom B + A Nr. 1345 wird mit 27 zu 0 Stimmen verzichtet.

Gesamtabstimmung:

Dem B + A 1345, Zonenplan Horw - Zwei Anpassungen im Bereich der Autobahn A2, wird mit 26 zu 0 Stimmen zugestimmt.

B+A Nr. 1346, Teilfinanzierung der Schulsekretariatsstelle aus dem Schulleitungspool

Anlässlich der Budgetdebatte 2007 habe der Einwohnerrat beschlossen, dass die Finanzierung des Schulsekretariats zu 50 % aus dem Schulleitungspool erfolgen solle. Die Umsetzung erfolge auf Beginn des Schuljahres 2007/2008. Bereits damals habe man darauf hingewiesen, dass die Schulpflege die Möglichkeit habe, via Gemeinderat einen allfällig anders lautenden Antrag in dieser Angelegenheit in Form eines B + A zuzuleiten. Dies sei jetzt auch passiert. Die GPK habe den vorliegenden B + A 1346 geprüft und mit dem Gemeindepräsidenten und dem Schulleiter Andreas Müller diskutiert. Zusammenfassend komme man zu folgenden Anmerkungen und Ergänzungen. Die im B + A erwähnte Organisationsentwicklung im Bereich Schulleitung habe im März gestartet und dauere voraussichtlich bis im Herbst 2007. Sie werde durch eine externe Unternehmensberatung begleitet. Die Zielsetzungen dieser Organisationsentwicklung seien im B + A erwähnt. Ergänzend möchte man anmerken, dass man beabsichtige, die Schulleitungsaufgaben auf weniger Personen zu verteilen und die Pensen der verbleibenden Schulhausleiter zu erhöhen. Heute seien dies 377 Stellenprozente. Diese seien auf 8 Personen verteilt. Die GPK begrüsse, wenn man dies versuche auf weniger Personen zu verteilen. Es sei bereits heute bekannt, dass die Leitungen der Schulhäuser Kastanienbaum und Biregg auf das neue Schuljahr zusammengelegt werden. Aktuell finde eine Evaluation der Horwer Schulhäuser durch den Kanton Luzern statt. Pro Schulhaus werde ein Bericht erstellt. Die Evaluation sei noch nicht ganz abgeschlossen. Gemäss Aussage des Gemeindepräsidenten liegen aber bereits einige Berichte vor und diese zeigen grundsätzlich ein positives Bild der Horwer Schulen. Die beigelegte Zusammenstellung im B + A, welche als Entscheidungsgrundlage für den Anteil Schulleitungsarbeiten und Sekretariat dienen solle, basiere auf einer Zeiterfassung. Man entnehme daraus, dass von diesen total 377 Stellenprozenten, welche für die Schulleitung zur Verfügung stehen, mit einem Anteil von 10 % gerechnet werde. Angesichts der laufenden Organisationsentwicklung sei die GPK mit dem Vorschlag des Gemeinderates im Sinne eines 1. Schrittes einverstanden. Bevor man aber einer definitiven Lösung zustimme, möchte man die Ergebnisse der Organisationsentwicklung noch abwarten und man werde deshalb einen leicht anders lautenden Beschlusstext beantragen. Die GPK empfehle auf den B + A 1346 einzutreten und im Anschluss an die Detailberatung dem vorgeschlagenen Beschlusstext zuzustimmen.

Thomas Zemp (CVP)

Zu Händen des Protokolls schiebe er noch ein, dass der Kollege Ruedi Meier bei diesem Geschäft in Ausstand trete.

Alwin Larcher (SVP)

Die CVP-Fraktion schliesse sich den Ausführungen der GPK an. Ebenfalls dem abgeänderten Beschlusstext, welcher von der GPK beantragt werde. Man sei für Eintreten.

Silvia Simoes-Bolliger (CVP)

Viele Ausführungen seien bereits gemacht worden und man wolle diese nicht wiederholen. Die FDP-Fraktion finde es gut, dass ein B + A zu diesem Thema vorgelegt werde. Der Entscheid des Einwohnerrates vom 16. Juni habe sicherlich dazu geführt. Ob man ohne diesen Entscheid heute darüber befinden würde, könne man sich fragen. Man wisse, dass man bereits mehrmals etwas zur Schule sagen wollte. Man habe aber gesagt, dass den Einwohnerrat die Schule nichts angehe, man könne höchstens in der Budgetdebatte entsprechend etwas bewirken. Dies habe man am 16. November gemacht. Man sei sicher, dass die Schulpflege und Schulleitung dadurch aufgerüttelt worden sei und sie sich diesem Thema haben annehmen müssen. Wenn nicht, wären die Folgen kontraproduktiv und nicht vertretbar. Die Begründungen liegen, nun wie man diese verlangt habe, vor. Die FDP-Fraktion könne sich mit diesem B + A einverstanden

Heinz Sigrist (FDP)

erklären. Man frage sich aber, wieso der Beschluss des Einwohnerrates vom 16. November aufgehoben werden soll. Für sie habe dies keine Relevanz. Der Einwohnerrat habe entschieden und so solle es auch sein. Man denke, dass der Einwohnerrat gut entschieden habe und deshalb soll dieser Beschluss auch nicht aufgehoben werden. Die FDP-Fraktion sei für Eintreten.

Der B + A zeige auf ausführliche Weise, wie sich die Pensen der Schulführung und des Schulsekretariats zusammensetzen. Um die Horwer Schulen zukunftsweisend und gut zu leiten, seien entsprechende Pensen notwendig. Die L2O-Fraktion hätte es begrüsst, wenn die 10 %, also rund 2 Lektionen, im Schulleitungspool geblieben wären und für andere ebenfalls wichtige Aufgaben zur Verfügung gestanden wären. Die L2O-Fraktion sei für Eintreten.

Rita Wyss (L2O)

Die SVP-Fraktion schliesse sich den Ausführungen der GPK an und sei für Eintreten.

Josef Meier (SVP)

Er habe heute eine Doppelfunktion, denn er spreche auch als Vertreter der Schulpflege. Die Schulpflege sei ja insbesondere betroffen. Es sei bereits viel gesagt worden, er müsse dies nicht mehr ergänzen, denn es sei alles richtig und nachvollziehbar. Man habe probiert, dies auf zwei Ebenen darzustellen. Auf der einen Seite die Aufgaben des Schulsekretariats. Da konnte man zeigen, dass die 10 % wirklich diese Zahl sei, wo man sagen könne, dass dies Arbeiten seien, die den Schulleitungspool entlasten. Auf der anderen Seite konnte man darstellen, dass heute die Führungsscrew mit diesen 377 Stellenprozenten nicht überdotiert sei. Er glaube, dies sei eine ganz wichtige Aussage, die man in diesem B + A machen konnte. Dies habe man auch sehr detailliert angeschaut und man habe einige Kennzahlen gegeben. Wenn man die Schule mit ihren 1'300 Lernenden anschau, mit 140 Lehrpersonen, dass man dort 3,7 Stellen für die Führung habe, dann sehe man, dass die Relation sicher in einem sehr günstigen Verhältnis sei. Wenn man die Pensen anschau, dann sei dies ebenfalls in der Größenordnung von 3 bis 4 Prozent die man für die Führung zur Verfügung stelle. Und wenn man dies in Franken ausdrücken möchte, dann sei man bei ungefähr 5 Prozent, wenn man den Aufwand der Schulleitung inklusive Infrastrukturkosten anschau. Er denke, dass man von daher sehr klar darlegen könne, dass die Führung alles andere als überdotiert sei. Der Gemeinderat habe seinen Antrag zeitlich bewusst offen formuliert und nicht beschränkt. Man habe momentan, wie dies richtig gesagt wurde, das Projekt Organisationsentwicklung, welches im Gange sei. Dies habe im März begonnen und werde im Herbst fertig sein. Das Resultat daraus, gebe nachher Aufgaben, Verantwortung und Kompetenzen auf sämtlichen Führungsebenen bei der Schule, Schulpflege, Schulleitung, Schulhausleitung und dies führe auch zur Klärung der Situation. Die sei absolut notwendig. Da habe man heute noch einen Nachholbedarf, dies zeige sich auch bei diesen externen Evaluationen, welche vorhin ebenfalls erwähnt wurden. Dies gebe anschliessend Klarheit und führe dazu, dass man die Pensen nochmals konkret anschauen könne und allenfalls anpassen. Deshalb habe man dies nicht auf das Schuljahr 2007/2008 beschränkt, weil es so sei, dass wenn man über das Budget 08 rede, bereits 5 Monate des Schuljahres 08/09 enthalten seien und wenn man dem Antrag der GPK folge, dann spreche man bereits beim Budget 08 wieder über das gleiche Problem ohne dass man dort bereits abschliessend alle Resultate aus der Organisationsentwicklung und der Umsetzung wisse.

Markus Hool (FDP)

Detailberatung

Alwin Larcher (SVP)

4. Vorschlag für weiteres Vorgehen

Silvia Simoes-Bolliger (CVP)

Die CVP-Fraktion habe Klärungsbedarf und zwar zum letzten Abschnitt bei Punkt 4. Es werde ausgeführt, dass das Schulpflegereglement neu überarbeitet werden solle und

dass in diesem Schulpflegereglement die Aspekte der Schulsekretariatsadministration neu geregelt werden müssen. Dies sei eine organisatorische Aufgabe, welche die Schule selber zu regeln habe, dies regle man nicht im Schulpflegereglement. Für die CVP-Fraktion mache es den Anschein, dass man dies einfach so in den B + A sowie in den Beschlusstext hineinverpackt habe und sage, dass man dann das Schulpflegereglement anpassen wolle. Es mache einfach den Anschein, dass man versuche gewisse Aufgaben oder gewisse Kosten noch mehr in die Schulpflege verpacken zu wollen. Sei da eine Absicht dahinter oder was sei der Zusammenhang zu diesem Schulpflegereglement? Die CVP-Fraktion sehe diesen nicht.

Es sei keine weitere versteckte Absicht dahinter. Tatsache sei, dass auf der einen Seite das Projekt Organisationentwicklung laufe, auf der anderen Seite habe man im Zusammenhang mit der Gemeindeordnung sehr intensiv diskutiert, wie man den Einwohnerrat vermehrt in die Kontrollfunktion der Schule einbinden könne. Dort sei klar hervorgekommen, dass man das Schulpflegereglement, welches sehr neu sei, anpassen würde, weil ein gewisser Handlungsbedarf bestehe und die Geschäftsordnung in Zukunft von der Schulpflege und in diesem Zuge könne es noch gewisse Änderungen geben, auch bezüglich Zuordnung der drei Ebenen, welche er vorhin erwähnt habe. Dies sei an und für sich der Hintergrund. Man wisse im Moment noch nicht konkret was daher kommen werde. Es sei einfach ein Projekt, wo man sehe, dass dies auch angepackt werden müsse. Wie gesagt, neben der Organisationsentwicklung könne dies allfällige Auswirkungen auf die Führung der Schule haben.

Markus Hool (FDP)

5. Antrag

Die GPK sei der Meinung, dass man keinen Beschluss aufheben müsse, deshalb sei der 1. Punkt obsolet. Die GPK sei der Meinung, dass es nicht sachgerecht sei, wenn man die Besoldung der Schuladministration im Schulpflegereglement regle. Dies wäre Punkt 3, der ihrer Meinung nach auch dahinfallen würde. Deshalb seien sie zum Schluss gekommen, dass man einen ganz neuen Beschlusstext mache, welcher die drei Punkte ersetze und dieser würde wie folgt lauten: "Im Schuljahr 2007/2008 werden 10 % des Besoldungsaufwandes für das Schulsekretariat dem Schulleitungspool belastet." Es sei klar, dass dies eine zeitlich begrenzte Lösung sei. Man habe aber den Eindruck und die Erfahrung gemacht, dass es nicht schlecht sei, dass es zeitlich begrenzt sei, denn nachher höre man wieder nichts mehr davon und man wolle wirklich wissen, was die Organisationsentwicklung für ein Ergebnis bringe und werde nachher sicher bereit sein, einen definitiven Beschluss zu fassen.

Thomas Zemp (CVP)

Man habe gehört, dass die GPK dem Beschlusstext des Gemeinderates nicht folgen wolle, sondern einen einzigen Beschlussespunkt vorschlage. Er lese diesen nochmals vor: "Im Schuljahr 2007/2008 werden 10 % des Besoldungsaufwandes für das Schulsekretariat dem Schulleitungspool belastet."

Alwin Larcher (SVP)

Er habe es eingangs erwähnt, dass dies insofern Auswirkungen habe, wenn man es auf das Schuljahr 2007/2008 beschränke, dass man dieses Thema bereits im Rahmen der Budgetdebatte wieder aufnehmen müsse und wie es heute präsentiert werde, man zu diesem Zeitpunkt noch nicht Nägel mit Köpfen machen könne. Er bitte den Rat, diesbezüglich als Variante ein Jahr anzuhängen.

Markus Hool (FDP)

Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr seien, werde er, wie es reglementarisch vorgesehen sei, den Beschlusstext des Gemeinderates mit der Abänderung des einen Punktes zur Abstimmung bringen.

Alwin Larcher (SVP)

Er habe wieder einmal Verständnisprobleme. Worin unterscheide sich die Vorlage der GPK gegenüber dem Vorschlag des Gemeinderates? Darin heisse es auch Schuljahr

Konrad Durrer (LZO)

2007/2008. Er könne die Differenz nicht nachvollziehen.
Dem Lächeln von Herrn Zemp entnehme er, dass er seiner Sache sicher sei.

Thomas Zemp (CVP)

Der Gemeindepräsident soll erklären, wo der Unterschied sei. Er habe den Eindruck, dass eine gewisse Absicht dahinter sei.

Markus Hool (FDP)

Mit der Aufhebung des Beschlusses vom 16. November 2006 sei die Fessel weg, deshalb habe man es nicht anders beschränkt und man habe gesagt, dass anschliessend eine entsprechende Anpassung erfolge, sobald man Klarheit über die Organisationsentwicklung habe. Dies sei der Unterschied. Wenn man dies nicht aufhebe, müsse man es auf 2 Jahre ausdehnen.

Thomas Zemp (CVP)

Im Klartext heisse dies, ab Schuljahr 2008/2009 sei man wieder bei 0 Prozent die dem Schulleitungspool belastet werden. Deshalb sei man der Meinung, dass man bewusst eine Lösung die 1 Jahr lang gelte suche. Im nächsten Frühling könne man wieder mit einem B + A an den Einwohnerrat gelangen, mit welchem die definitive Lösung beantragt werde, resultierend aus dem Ergebnis der Organisationsentwicklung und dann gebe es eine gute Sache.

Beschlussestext

Alwin Larcher (SVP)

Abstimmung:

Antrag Gemeinderat: Punkt 1 des Beschlusstextes "Der Beschluss des Einwohnerrates vom 16. November 2006 wird aufgehoben", zustimmen.

1 Stimme

Antrag GPK: Punkt 1 des Beschlusstextes "Der Beschluss des Einwohnerrates vom 16. November 2006 wird aufgehoben", streichen.

21 Stimmen

Abstimmung:

Antrag Gemeinderat: Punkt 2 des Beschlusstextes "10 % des Aufwandes bzw. 2 Lektionen für das Schuljahr 2007/2008 werden dem Schulleitungspool belastet" zustimmen.

4 Stimmen

Antrag GPK: "Im Schuljahr 2007/2008 werden 10 % des Besoldungsaufwandes für das Schulsekretariat dem Schulleitungspool belastet" zustimmen.

20 Stimmen

Punkt 3 des Beschlusstextes "Eine definitive Lösung wird aufgrund der Ergebnisse des Projektes Organisationsentwicklung im Rahmen der Überarbeitung des Schulpflegereglements festgelegt". Dieser Punkt 3 falle gemäss GPK weg.

Abstimmung:

Antrag GPK: Punkt 3 "Eine definitive Lösung wird aufgrund der Ergebnisse des Projektes Organisationsentwicklung im Rahmen der Überarbeitung des Schulpflegereglements festgelegt" streichen.

19 Stimmen

Antrag Gemeinderat: Punkt 3 "Eine definitive Lösung wird aufgrund der Ergebnisse des Projektes Organisationsentwicklung im Rahmen der Überarbeitung des Schulpflegereglements festgelegt" nicht streichen.

4 Stimmen

Gesamtabstimmung:

Den obgenannten Änderungen für den Beschlusstext wird mit 20 zu 1 Stimmen zugestimmt.

Dringliches Postulat Nr. 587/2007 Franz Krieger, CVP: Rekultivierung der Grube Grisigen

Bei diesem Traktandum wird Hans-Ruedi Jung in den Ausstand treten.

Alwin Larcher (SVP)

Wie man sehe, habe er einige Bilder der Grube gemacht, es könne sein, dass er eine Busse dafür bekomme, weil er über den Zaun geklettert sei und das Ganze begutachtet habe. So sehe es heute in der Grube aus. Man sehe, dass eine allgemeine Verwahrlosung herrsche. Ein weiteres Bild zeige, dass es immer wieder zu Felsabbrüchen komme, dies werde man nie ganz vermeiden können. Er habe aber auch positive Bilder, die er zeigen möchte, bevor er zu seinem Votum komme. Die Natur halte sich nicht, die Natur erhole sich immer wieder und nehme sich das was sie brauche. Man habe hier ein Biotop, in welchem Tiere leben. Man sehe, dass sich die Natur auch im Felsgebiet langsam erhole. Das Ganze sei so aufgefüllt, dass man sagen könne, dass die Natur für uns arbeite. Jetzt sei vorgesehen, dass man die Grube auffülle und dass 18 Jahre 40-t-Lastwagen hochfahren. Nachdem man festgestellt habe, dass der obere Teil die Zufahrt zur Grube selber sei und diese nicht im Besitze der Gemeinde, sondern privat sei und der Besitzer sich weigere, dort durchfahren zu lassen, sei nun ausgesteckt, dass man vis à vis des Wanderweges eine Autopiste plane. Das ganze Gebiet sei sicherlich einmal als Rutsch- und Gefahrengebiet ausgewiesen worden. Man könne so lange diskutieren wie man wolle, aber es sei so, dass die Bewohner einige Befürchtungen haben. Sie befürchteten zum Beispiel, dass sie einer massiven Gefahrenzone ausgesetzt seien. Man soll daran denken, dass diese Strasse maximal 3 Meter breit sei. Die Lastwagen seien 2.55 Meter breit. Nun solle man sich vorstellen, wenn Biker oder Schulkinder herunterkommen, was da für Unfälle passieren könnten. Er glaube, dass nach Ablauf dieser 18 Jahre kein einziger der heutigen Räte, ausser vielleicht die jungen, noch im Einwohnerrat vertreten sein werden. Wer werde die Folgekosten der Strasse bezahlen, die darunter leide. Man habe heute bereits mit den Busfahrten grosse Probleme. Nebst all dem, habe man dieses Gebiet nach der Autobahnüberdeckung als beruhigte Wohnzone erklärt. Es sei eine profilierte Zone geworden. Die Eigentümer haben zum Teil massiv aufgerüstet, haben die Wohnungen neu überholt und neue Küchen eingebaut und seien entsprechend mit den Zinsen hoch. Heute sei dieses Gebiet eine bevorzugte Wohnlage und das Resultat sei, dass man dies nun zerstören wolle. Er möchte voraus schicken, dass die Gegnerschaft für die Auffüllung der Grube sei. Nichts gegen Auffüllen, aber man könne es anders machen. Er behaupte, wenn man die ganze Sache, die man eben gesehen habe, ebenen könnte und Humus auftrage und anschliessend der Natur freien Lauf lasse, sei er überzeugt, dass in kurzer Zeit die Natur viel mehr arbeite. Wenn man die Grube bis zuoberst auffüllen würde, wie es vorgesehen sei, wer gebe Garantie, dass der Hang nicht rutsche. Der Hang werde, sobald es regne, so oder so rutschen. Dies müsse berücksichtigt werden. Nebst dem fordere er den Gemeinderat auf, mit allen Beteiligten an einen runden Tisch zu sitzen und die Sache zu lösen. Er sei überzeugt, dass der Besitzer der Grube die Zustimmung geben werde und man keine Autopiste hätte. Denn dies sei ein grosses Problem, weil der ganze Hang Rutschgebiet sei. Nebst dem mache es sich die AGZ einfach, sie lasse alles verlottern, das Bauernhaus, die ganze Werkstatt, es verroste alles und dies bewusst. Jetzt habe die AGZ noch etwas gemacht. Sie habe den Bauern angerufen und gesagt, dass dieser Bauer die Geissen

Franz Krieger (CVP)

weiden lassen solle. Die Geissen fressen die jungen Triebe weg. Das könne doch nicht sein. Dies sei eine Art Nötigung. Wenn man vom Dorf an den Hang hinaufschau, dann sehe es sehr schlecht aus, dies sei ihm klar. Doch man müsse wissen, dass die Leute dies verursacht haben und die Verursacher sollen dies zuerst in Ordnung bringen, dann könne man darüber sprechen.

Der Gemeinderat sei der Ansicht, dass ein Baubewilligungsgesuch vorliege, welches das Anrecht habe, ordentlich behandelt zu werden. Man müsse sich an die gesetzlichen Bestimmungen, das BZR, halten. Der Gesuchsteller habe die Einzonung vor 10 Jahren beantragt, die Stimmbewölkerung habe diese Umzonung befürwortet. Damals habe man der Bevölkerung von Horw gesagt, dass nach Abschluss des Abbaus die Landschaftsgestaltung mit der Rekultivierung dem ursprünglichen Landschaftscharakter wieder entsprechen solle. Die vielfältigen Lebensräume die im Gebiet Grisigen vorkommen, würden aus Gründen des Naturschutzes erhalten bleiben. Wie gesagt, dass man eine landschaftsgerechte Rekultivierung sicherstelle. Von den 80er Jahren an, seien zahlreiche Vorstösse, auf kommunaler und kantonaler Ebene eingegangen, welche die nackten Grubenwände und die landschaftsstörenden Elemente beanstandet haben. Dies habe damals bereits in der Botschaft gestanden. Seit 1997 seien weitere zahlreiche Vorstösse aus den Reihen des Rates eingegangen. Diese Vorstösse haben immer wieder verlangt, dass man die Wunde am Pilatushang rekultivieren solle. Die Gesuchsteller seien davon ausgegangen, dass man die Abbauzone sowie eine Rekultivierung habe. Sie haben sich auf eine Verlässlichkeit der Planung eingestellt. Die Marktsituation habe dazu geführt, dass im Jahr 2001 der Abbau nicht mehr erfolgt sei. Man habe nun ein so genanntes abgekürztes Verfahren, man habe keinen Abbau, dafür die Rekultivierung. Man habe damit bereits eine Reduktion. Vorher hätte man 37 Jahre mit der Rekultivierung abgebaut und aufgefüllt. Heute rede man noch von 18 Jahren. Man könne wohl im Rahmen der Bewilligung, wenn man das Baugesuch ordentlich behandle, Auflagen und Bedingungen machen, aber man könne nicht vorschreiben, wie diese Rekultivierung ausgeführt werden müsse. Die wichtigsten Punkte für den Gemeinderat seien der Landschaftsschutz, wie sie bereits erwähnt habe. Dies habe man immer so kommuniziert und aus diesen Beweggründen habe damals die Bevölkerung von Horw, der Abbauzone zugestimmt. Ein zweiter ganz wichtiger Punkt sei die Stabilität. Wenn Herr Krieger die Fotos zeige.. Sie hätte auch Fotos dabei, doch sie verzichte nun darauf diese zu zeigen. Sie nehme an, dass die Einwohnerräte auch hinaufgeschaut haben und die Anwohner haben dies sowieso gesehen. Die Stabilität und die Sicherheit dieser Wand, dies habe der Felssturz vom 12. Juni gezeigt, sei überhaupt nicht gegeben. Man sei bei einem Augenschein vor Ort gewesen und man wisse, dass durch diese Abstürze die Stabilität nicht gegeben sei. Wenn man aber die Grube auffüllen werde, die Gesamtstabilität dieser Mergelgrube durch die Aufschüttung des unteren Teils verbessert. Eine Verminderung der rückschreitenden Erosion, welche von der Oberkante zurückgehe, sei gegeben, wenn man auffülle. Langfristig erhalte man eine grössere Stabilität, auch für das Gebiet Schwendelberg. Man müsse sich vorstellen, wenn man nichts mache wie es von Herrn Krieger vorgeschlagen werde, dann finde diese Rückerosion laufend statt und man wisse, dass der Schwendelberg nicht weit von dieser Absturzstelle entfernt sei. Wenn man nichts unternehme, dann wandere diese Erosion sehr schnell. Wenn man auffülle, könne man dies etwas bremsen. Dann noch ein Wort zur Stabilität. Sie zeige kurz, wie diese Auffüllung stattfinden könnte. Es sei nicht so, dass nur Dreck hineingekippt werde, sondern dies gehe sehr kontrolliert und etappenweise vor sich. Man sehe den Untergrund. Anschliessend werde das Aushubmaterial, es habe vielleicht auch etwas schlechteres Aushubmaterial und aussen komme das gute Material, damit man wieder Bepflanzen könne, damit die Natur sich den Raum wieder zurückerobert könne. Was ganz wichtig sei, dass man eine Drainage mit Sickerleitungen mache. Dies bestehe heute nicht. Mit dieser Rekultivierung die sehr kontrolliert vor sich gehe, mit etlichen Vorsichtsmassnahmen, habe man am Schluss eine Stabilität der Grube und Wand. Es sei eine Sicherheit, die man haben müsse, damit diese bestehe. Der dritte Punkt sei die

Manuela Bernasconi
(CVP)

rechtliche Situation. Jeder habe Anspruch auf Rechtssicherheit. Man könne diese Abbauzone nicht machen, denn man habe ein BZR und der Gemeinderat müsse sich daran halten. Darin sei ganz klar geregelt, wie das Ganze vor sich gehen müsse. Das BZR sage aus, dass das abgebaute Gebiet, welches jetzt nicht weiter abgebaut wurde, gemäss dem Rekultivierungskonzept mit unverschmutztem Aushub- und Abbaumaterial aufgefüllt werden müsste. Gemäss Artikel 21 Absatz 2 BZR seien Deponiezonen verboten. Deshalb sei der Gemeinderat verpflichtet, sich daran zu halten. Aus all diesen Überlegungen müsse sie sagen, dass der Gemeinderat nicht bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Er habe damit gerechnet und alle anwesenden Besucher auch. Man müsse sich einfach bewusst sein, dass man abwägen müsse, was wirklich wichtig sei, die Bevölkerung oder dieser Paragraph. Dies sei ein Teil. Zweitens müsse er ganz klar fragen, wieso brauche man 6 Jahre um eine Baubewilligung zu sprechen, dass die Grube aufgefüllt werden könne. Warum habe man beispielsweise nicht den Aushub der Autobahn genommen. Man habe ganz klar gesehen, dass dies eine Gefahr sei. Erstens habe man den Griesbach zugedeckt und ob dieser diese 40-t-Lastwagen tragen möge, sei fraglich. In Littau habe man ein ähnliches Projekt und dort habe man nur 10-t-Lastwagen bewilligt. Ob dies mit 40 Tonnen gut gehe, sei eine andere Frage. Nebst dem verlange man nur, dass man zusammensitze und eine Lösung suche, welche nicht 18 Jahre daure. Die AGZ solle dies zuerst ausebnen und Humus auffüllen und dann die Natur walten lasse, indem man Bäume, beispielsweise Föhren oder Tannen, ansetze. Dies gebe schon einen massiven Widerstand.

Franz Krieger (CVP)

Sie möchte etwas zum Vorwurf dieser A2 Deponie sagen, welcher im Postulat erwähnt werde. Die Deponierung des Aushubmaterials der A2 sei aus zeitlichen und rechtlichen Gründen gar nicht möglich gewesen. Bevor der Aushub deponiert werden könnten, hätte nämlich die Einzonung und die Bewilligung für das Abbau- und Rekultivierungsprojekt bereits rechtskräftig sein müssen. Das sei damals nicht so gewesen. Dafür wäre bereits die Abstimmung 1997 zu spät gewesen. Was Herr Krieger am Schluss noch angefügt habe, dass man ausebnen, humusieren und auffüllen könne, dies müsste man aus geologischen Gründen ablehnen, denn dies wäre ein Unsicherheitsfaktor, welchen man sich aufladen würde und man nicht dahinter stehen könnte.

Manuela Bernasconi (CVP)

Es sei gesagt worden, dass die Grube bis obenauf gefüllt werde, dies sei nicht wahr. Er möchte sagen, dass man diese Grube sicherlich zum Teil auffüllen und die Steilwände etwas stützen müsse. Man müsse auch den Wasserhaushalt kontrollieren, denn wenn man nichts unternehme, sehe man den Schwendelberg schlussendlich im Loch. Etwas müsse man machen. Man müsse auch die Meinungen der Fachleute berücksichtigen. Wenn man heute renaturieren wolle, dann rutsche dies immer wieder ab, bis ein gewisser Neigungswinkel zur Wand stehe.

Josef Meier (SVP)

Die Mergelgrube gebe immer wieder Anlass zu Diskussionen. Die L2O-Fraktion habe sich bereits früher dazu geäußert, dass sie überzeugt seien, dass es für die Natur das Beste wäre, wenn man die Minimalvariante, nur das Allernötigste, unter Berücksichtigung des ökologischen Weg mache. Durch ein Nichtauffüllen würde der Rohstoff Mergel erhalten und damit gleichzeitig die Emissionen, welche durch die lange Schüttzeit entstehen würde, eingeschränkt. Geprüft werden müsse sicherlich die Gefahr von Rutschungen. Es müsse gehandelt und eine Minimalauffüllung gemacht werden. Aber das heisse nicht, dass die L2O-Fraktion das Postulat nicht überweisen wolle. Ein Punkt habe ihnen in diesem Postulat besonders gut gefallen, nämlich die Prüfung einer Schutzzone, welche den wertvoll entstandene Lebensraum erhalten und sichern solle. Deshalb wolle man beliebt machen, das Postulat zu überweisen. Es handle sich um ein Postulat und es soll geprüft werden, was man machen wolle. Der L2O-Fraktion wäre die

Brigitte Germann-Arnold (L2O)

Überprüfung einer Schutzzone ein Anliegen.

Sie möchte sich voll und ganz ihrer Vorrednerin Frau Germann anschliessen. Sie finde auch, dass es möglich sein sollte einen Kompromiss zu finden. Wieso sitze man nicht mit den Anstössern zusammen und bespreche das Ganze. Dann könne man sicher einen Kontext finden, mit welchem sich beide einen Schritt entgegen kommen und am Schluss auch durchführbar sei. Sie finde es schlecht, wenn man die Grube auffüllen würde und 40-t-Lastwagen hinauffahren lasse, denn nachher habe man ein Problem mit der Strasse. Im Postulat sei erwähnt, wie breit die Strasse sein werde und wie breit ein 40-t-Lastwagen sei. Jeder der schon mal beobachtet habe, wie die Biker auf dieser Strasse "herunterblochen", wisse, dass ein grosses Gefahrenpotenzial vorhanden sei. Sie möchte schlussendlich nicht dafür verantwortlich sein, dass dort schwere Unfälle passieren. Sie unterstütze deshalb voll und ganz, dass das Postulat überwiesen werde. Dies mache sie beliebt. Der Gemeinderat soll prüfen, ob man nicht mit einer sanften Renaturierung etwas erreichen könnte.

Gabi Rölli (FDP)

Der Gemeinderat wolle das Postulat nicht entgegennehmen. Verschiedene Votantinnen und Votanten möchten das Postulat überweisen.

Alwin Larcher (SVP)

Die CVP-Fraktion stelle den Antrag, dass das Postulat teilweise überwiesen werde und zwar im Sinne der Buchstaben a und b. Für sie stehe ganz klar im Vordergrund, dass die Stabilität und Sicherheit mit erster Priorität sichergestellt werde. Sie seien nicht in der Lage zu beurteilen, ob und wie viel und wie weit die Grube ausgefüllt werden müsse. Dies müssen Geologen beurteilen. Für sie stehe im Vordergrund, dass die Grube sicher gemacht werde. Mit zweiter Priorität, und dies sei ein altes Anliegen der CVP, erwarte man, dass die Drainage optisch geschlossen werde. Das man dort etwas mache, er glaube, dies sei ein Anliegen von allen hier im Saal. Mit dritter Priorität solle dies so erfolgen, dass es auch für die Anstösser erträglich sei. Deshalb stelle man den Antrag einer teilweisen Überweisung der Ziffer a und b., Ziffer c müsse man streichen.

Thomas Zemp (CVP)

Man habe einen Antrag auf teilweise Überweisung.

Alwin Larcher (SVP)

Die Grisigenstrasse werde nachher durch 40-t-Lastwagen stark belastet. Der Steuerzahler sei nachher wieder da, um die Grisigenstrasse zu finanzieren. Nebst diesem, der grosse Gewinner des Ganzen, sei sicherlich nicht die Wohnbevölkerung sondern nur die AGZ und Herr Gloggner. Man habe ausgerechnet, dass beispielsweise die AGZ in dieser Zeit rund 4,5 Mio. Franken einnehmen könne und Herr Gloggner etwa 1,6 Mio. Franken. Diese beiden seien die grossen Gewinner und nicht die Gemeinde oder die Bevölkerung.

Franz Krieger (CVP)

Sie möchte auf zwei Sachen noch Antwort geben. Man habe die Möglichkeit bzw. man nehme dies in der Bewilligung auf, dass man etappenweise auch bei der Rekultivierung freigebe. Wenn man das Gefühl habe, da gebe es Probleme, sei es aus Stabilitätsgründen oder Aushubmaterialproblemen, dann habe der Gemeinderat jederzeit die Möglichkeit mit diesen etappenweisen Bewilligungen einzuschreiten. Es werde auch unter Kontrolle gesetzt, dass man wisse, was aufgefüllt werde. Die Auflagen und Bedingungen seien nicht ganz so einfach. Zur Strasse. Es sei nicht so, dass die AGZ oder Herr Gloggner schlussendlich nichts an dieser Strasse machen müssen. Anschliessend an die Rekultivierung und wenn während dessen Schäden auftreten, werden diese Schäden von den Betreibern saniert. Mit einem Depot könne man dies lösen. Dies geschehe aber ebenfalls ausserhalb dieses Baubewilligungsverfahrens. Man könne dies allenfalls darin erwähnen. Doch es sei nicht so, dass diese Lastwagen hinauffahren und am Schluss müsse der Steuerzahler zahlen. Dies sei nicht so.

Manuela Bernasconi (CVP)

Natürlich mache man solche Auflagen, genau gleich, wie die jungen Geissen die Pflanzen fressen. Dies sei genau das Gleiche.

Franz Krieger (CVP)

Man habe die Meinung einer Minderheit gehört, die im Gebiet Grisigen wohnt. Diese haben sicherlich mehr mit der Grube zu tun, als jene die im Dorf wohnen und den Schattenfleck von unten anschauen müssen. Man müsse sich klar sein, dass der Gemeinderat bis jetzt ein legales Vorgehen hatte, es habe eine Volksabstimmung stattgefunden und dort habe man beschlossen, dass die Mergelgrube weiterhin abgebaut werde oder auffülle. Jetzt wolle man einfach den Volksbeschluss mit einem Postulat fallen lassen und sagen, dass man dies nicht wolle. Dies sei der falsche Weg. Er stelle den Antrag, dass dieses Postulat abgewiesen werde.

Ruedi Meier (FDP)

Sie verstehe die Anwohner am Pilatushang voll und ganz. Sie sei eine dieser Interpellantinnen, die auch schon vor ein paar Jahren eine Antwort wollte, was damit geschehe. Frau Bernasconi habe ganz schön ausgeführt, wie wichtig eine teilweise Auffüllung auch für die Stabilität und die Sicherheit sei. Dies könne sie nachvollziehen. Ihr wäre aber auch der Landschaftsschutz und die Ästhetik sehr wichtig. Denn sie wohne am anderen Ende von Horw und sehe auf diesen Hang. Was man dort sehe, mit diesem Ziegelschrott weit umher bis hinauf zur Rigi, sei ein Schandfleck für Horw. Sie wisse nicht, ob man die Ziegelei in die Pflicht nehmen könne. Denn die AGZ habe bereits vor 3 Jahren gesagt, dass dieser Ziegelschrott in erster Linie eliminiert werde. Das verstehe sie nicht.

Irène Zingg-Vetter (FDP)

Er möchte Irène Zingg und Ruedi Meier beliebt machen, der teilweisen Überweisung zuzustimmen, weil dies sei genau in diesen beiden Punkten a und b enthalten. Er glaube, dass man da nicht viel dagegen haben könne, wenn man dies mit einfachen Massnahmen mache und wenn man die AGZ dazu anhalte, Ordnung zu machen.

Thomas Zemp (CVP)

Herr Meier man habe nie gesagt, dass die Grube nicht aufgefüllt werden dürfe. Er soll dies zur Kenntnis nehmen.

Franz Krieger (CVP)

Der Gemeinderat wolle das Postulat nicht entgegennehmen. Aus der Mitte des Rates habe man zwei Anträge. Der eine Antrag laute, dass man die Punkte des Postulanten vollumfänglich, das heisse das Postulat ganz unterstützen wolle. Dann habe man einen Antrag von Herrn Zemp, welcher das Postulat teilweise überwiesen haben möchte, nämlich die Punkte a und b. Deshalb werde er die beiden Vorschläge aus der Mitte des Rates einander gegenüberstellen.

Alwin Larcher (SVP)

Abstimmung:

Antrag CVP-Fraktion: Das dringliche Postulat 587/2007 Franz Krieger, CVP: Rekultivierung der Grube Grisigen, teilweise Punkt a und b überweisen, zustimmen.

16 Stimmen

Antrag Postulant: Das dringliche Postulat 587/2007 Franz Krieger, CVP: Rekultivierung der Grube Grisigen, überweisen, nicht zustimmen.

7 Stimmen

Schlussabstimmung:

Antrag CVP-Fraktion: Das dringliche Postulat 587/2007 Franz Krieger, CVP: Rekultivierung der Grube Grisigen, teilweise Punkt a und b überweisen, zustimmen.

19 Stimmen

Antrag Gemeinderat: Das dringliche Postulat 587/2007 Franz Krieger, CVP: Rekultivierung der Grube Grisigen, nicht überweisen, zustimmen.

2 Stimmen

Er möchte darauf hinweisen, dass er Fraktionssprecher gewesen sei. Dies sei ein Antrag der CVP-Fraktion gewesen.

Thomas Zemp (CVP)

Dies werde gerne zu Händen des Protokolls zur Kenntnis genommen.

Alwin Larcher (SVP)

Dringliches Postulat Nr. 588/2007, Hans-Ruedi Jung, CVP: Fahrplanentwurf 2008 und Schnellzughalte in Horw

Der Anlass dieses Postulates sei eigentlich einer, welchen er lieber hätte, dass dieser nicht wäre und er entsprechend nicht zu diesem Postulat sprechen müsse. Inhaltlich habe man gesehen, um was es gehe. Einmal mehr sei der Fahrplanentwurf des öffentlichen Verkehrs aufgelegt und die Öffentlichkeit wie die Gemeinden und andere Interessierte haben dazu Stellung nehmen können. Er sei von Kunden angesprochen worden, nachdem er bereits mehrmals im Rate im Zusammenhang mit dem unglücklichen Angebot der Zentralbahn am Bahnhof Horw vorstellig geworden sei. Er merke einfach, dass sich nichts bewege. Wenn er merke, dass sich nichts bewege, dann werde er stur und ecklig und halte an gewissen Ideen fest, weil er auch gemerkt habe, dass er die Unterstützung vom Rat habe. Deshalb wolle er nicht loslassen und er sage zu Händen der Zentralbahn, dass er auch in Zukunft nicht loslassen werde. Dies sei unterdessen sein Steckenpferd. Es habe keinen Selbstzweck, sondern es habe wirklich den Zweck, die Situation am Bahnhof Horw mit den Halts der Züge zu verbessern. Man konnte lesen, dass Horw die zweit grösste Stadt an der Zentralbahn sei und man könne sich leisten immer an dieser Stadt vorbeizufahren, obwohl es hunderte von Pendlern habe, welche beispielsweise in der HTA studieren, sowie hunderte von Pendlern die in alle Himmelsrichtungen gehen, sei es bis nach Luzern oder weiter bis nach Zürich oder in andere Richtungen zunehmend auch Bern. Die Bahn könne es sich leisten, an einem solchen Ort vorbeizufahren. Was ihn murrig mache sei, dass man sagen könne, man prüfe und schaue es an, aber einfach im Presseartikel zur Kenntnis geben, dies sei in Horw kein Thema, sei für ihn kein unternehmerisches Denken und sei auch keine Kommunikation nach aussen. Dies sei ein Affront gegenüber allen Zugfahrerinnen und Zugfahrern, welche darauf warten, dass dieses Angebot verbessert werde. Er habe diese Rückmeldungen von den Zugfahrerinnen und Zugfahrern. Er als Unternehmer würde nie eine solche Kommunikation betreiben, er könnte es sich auch nicht leisten und er würde alles daran setzen, dass sein Ruf mit solchen Massnahmen bzw. mit solchen Aussagen nicht ruiniert werde. Offenbar sei dies kein Anliegen der Bahn, dies sei offenbar kein Thema für die Bahn, wenn er den Wortlaut übernehmen dürfe. Um so mehr müsse es im Einwohnerrat ein Thema sein. Es könne doch nicht sein, dass man seit 2003 jedes Jahr 60'000 Franken mehr an den Regionalverkehr zahle. Man könne dies in den Rechnungen und im Budget nachschauen. Es habe unterschiedlich starke Anstiege gegeben. Der stärkste sei im 2005 gewesen. Dieser sei seiner Meinung nach begründet gewesen mit Angebotsverbesserungen im Mattenhof und mit dieser neu eingeführten Akontozahlung die man leisten musste. Seither habe keine Angebotsverbesserung mehr stattgefunden. Man habe immer noch das gleiche Angebot, trotzdem zahle man nach wie vor jedes Jahr 60'000 Franken mehr. Dies bedeute: Im 2003 habe man noch 180'500 Franken für den Regionalverkehr bezahlt und im Budget 2007 sei man bei 415'000 Franken angelangt. Da müsse er fragen, sei denn dieses Angebot, welches man anscheinend im Jahr 2005 verbessert habe, so viel mehr Wert oder werde einfach auf Kosten einer Gemeinde, welche zufällig an dieser Linie liege, die Rechnung verbessert? In die Details sehe er nicht, er wisse aber, wie diese Berechnungen in etwa gemacht werden, er habe dies beim Gemeindeammann im letzten Jahr einsehen dürfen. Gewisse Sachen seien nachvollziehbar, gewisse jedoch nicht. Wenn zwei Regionalzüge innerhalb von 3 Minuten hintereinander halten, dann sei dies kein verbessertes Angebot. Er habe es etwa

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

überspitzt formuliert, es sei ein Angebot für jene, die immer zu spät kommen, aber nicht für jene, die regelmässig pünktlich pendeln. 3 Minuten später einen neuen Zug zu haben, bringe nichts. Er fahre regelmässig, nicht weil er zu spät komme, sondern weil ihm dieser Zug dieniger sei, mit dem Zug, welcher 3 Minuten später abfahre und er sei praktisch der einzige der einsteige. Ein Angebot, das überhaupt nichts bringe. Hingegen würde es etwas bringen, wenn man ungefähr zur geraden Stunde oder zur halben Stunde einen Halt in Horw hätte. Jetzt könne man sagen, dass der Schnellzug nicht unbedingt das geeignete Objekt sei, vielleicht gehe es mit der Infrastruktur wirklich nicht, wobei er sich da auch Fragen stelle, denn der Schnellzug halte immerhin in Kaiserstuhl und in Alpnach, da frage er sich, wo denn die Gründe für diese Halts liegen. Mit der Veränderung der Zuglage wäre es relativ schnell möglich, eine Verbesserung zu erlangen. Dies wisse er von ehemaligen Angestellten. Dann würde nicht unbedingt der Schnellzug in Horw halten, aber einer der drei Minuten nach dem Schnellzug in Horw halte, würde dann entweder zur vollen oder zur halben Stunde halten und dann glaube er, wäre den Horwern ein Dienst erwiesen. Wenn man dies andenken würde und nicht einfach sagen würde, dass es kein Thema sei, dann wäre er mit seinen Ideen sehr weit fortgeschritten bzw. hätte einen gewissen Erfolg verbuchen können und er wäre etwas versöhnlicher mit der Zentralbahn. Aber dieses nichts bewegen, bewege ihn und deshalb habe er diesen Vorstoss eingereicht. Er bitte die Einwohnerräte, den Gemeinderat zu beauftragen, sich mit Nachdruck für eine Verbesserung des Fahrplanangebots 2008 einzusetzen und nicht einfach so klein begeben. Er glaube, der Gemeinderat sei auf diesem Weg, es sei wahrscheinlich hart mit der Zentralbahn zu verhandeln, aber man müsse denen deutlich machen, was für ein Potential man in Horw habe und was für einen Ruf die Bahn riskiere, wenn sie sich nicht irgendwann mal bewege und zwar nicht nur auf den Schienen, sondern auch geistig. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, wolle er den Gemeinderat bitten, und er hoffe, dass er unterstützt werde, dass man mit dem Kanton ernsthaft über diese Kostenbeteiligung rede. Es könne nicht sein, dass man immer mehr bezahle und den gleichen Standard entgegennehmen müsse. Er habe gesagt, dass er gewisses Verständnis für die damalige Angebotsverbesserung habe, als man damals einen rechten Schritt mit der Kostenbeteiligung hinauf gegangen sei. Doch jedes Jahr ohne weitere Verbesserung einfach 60'000 Franken mehr verlangen, frage er sich, wohin das Geld gehe, Was kostet soviel mehr und was habe man als Mehrwert. Er bitte, seinem Postulat zuzustimmen.

Der Postulant habe gesagt, dass er schon sehr weit gekommen sei. Er möchte feststellen, dass man auch mit der Zeit sehr weit gekommen sei. Er sei gezwungen, die Behandlung abzubrechen. Die Begründung vom Postulanten habe man gehört. Er meine, wenn der Gemeinderat kurz und knapp erklären könne, er nehme das Postulat entgegen, dann sei es gut. Im anderen Fall werde die Beantwortung dieses Postulat, auch wenn es dringlich sei, auf die nächste Sitzung verschoben.

Alwin Larcher (SVP)

Er sei froh. Das Votum von Herrn Jung sei nicht "eklig", sondern "unterstützend". Das Postulat habe im Grossen Rat bereits Reaktionen gezeigt. Herr Emmenegger sei auf ihn zugekommen und sagte, anscheinend habe Horw wieder Handlungsbedarf. Er habe dann gesagt, nicht wieder, sondern immer noch. Er könne nicht ganz so emotional mitreden, weil er nicht so häufig Zug fahre. Er würde Herrn Jung bei der nächsten Verhandlung gerne mitnehmen. Man habe aber auch gemerkt, man könne im Moment nur etwas erreichen, wenn man über das VIF gehe. Klar habe die Zentralbahn ihre Mehrjahresplanung, die reden von Tieferlegung und vom Fahrplan 2012, über bessere Wagen und schnellere Loks. Deshalb sei Horw für die Zentralbahn ein Nebengleis. Aber der Gemeinderat sei dabei und die ersten Kontakte seien geknüpft. Er habe übrigens auch Kontakt mit Herrn Megamaski, dort erwarte man noch konkretere Zahlen und Argumente, wie das Eisenbahnangebot auch für die Studenten genutzt werde. Die Dringlichkeit sei unbestritten und man nehme das Postulat entgegen.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Fragestunde

Wahl eines Ersatzmitgliedes sowie einer Präsidentin oder eines Präsidenten der Bürgerrechtsdelegation

Er bitte um Nominationen.

Alwin Larcher (SVP)

Im Namen der L2O-Fraktion schlage er als Ersatzmitglied für die Bürgerrechtsdelegation Frau Rita Wyss vor. Sie sei ein langjähriges Kommissionsmitglied der Kunst- und Kulturkommission. Sie sei sich Kommissionsarbeit bestens gewohnt und man sehe sie als sehr gutes Mitglied in dieser Kommission. Um das ganze Verfahren kurz zu halten, schlage er auch gleich die Präsidentin vor. Als Präsidentin schlage man Frau Beatrice Heeb vor. Auch sie sei schon seit mehreren Jahren in Kommissionen tätig gewesen und habe diese auch präsiert. Sie habe nun bereits ein Jahr in der Bürgerrechtsdelegation mitgearbeitet, habe Erfahrung gewinnen können und sei gewillt, diese Kommission zu leiten.

Jörg Stalder (L2O)

Das Ergebnis der Wahl lautet wie folgt:

Alwin Larcher (SVP)

Ausgeteilte Wahlzettel	27
Eingegangene Wahlzettel	27
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	27

Absolutes Mehr **14**

Stimmen haben erhalten und sind somit gewählt:

Als Mitglied:
Rita Wyss **23**

Als Präsidentin:
Beatrice Heeb-Wagner **24**

Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Einwohnerrates

Es freue ihn sehr, Brigitte Germann, die amtierende Vizepräsidentin, als Präsidentin vorschlagen zu dürfen. Sie habe die zweitgrösste Ratserfahrung im ganzen Einwohnerrat. Sie habe in verschiedensten Kommissionen mitgearbeitet, sie habe bei der Überarbeitung des Wasserreglements mitgeholfen, in der Verkehrsplanungskommission, Ausarbeitung Abfallreglement, sie habe in der Bau- und Verkehrskommission mitgewirkt und sei in der GPK aktiv dabei. Sie habe grosse Kompetenzen. Sie sei eigentlich die grösste Kompetenz im Bereich Natur- und Umweltschutzbereich. Ein Resultat ihrer Anstrengungen liege auf dem Tisch, dies sei nämlich das Label Energiestadt, wo der Einwohnerrat zur Übergabe eingeladen sei. Er könne Frau Germann als Präsidentin für ein

Jörg Stalder (L2O)

intensives Ratsjahr nur herzlich empfehlen und bitte die Räte, ihre Stimme zu geben.

Das Ergebnis der Wahl lautet wie folgt:

Ausgeteilte Wahlzettel	27
Eingegangene Wahlzettel	27
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	3
Gültige Wahlzettel	24
Absolutes Mehr	13

Brigitte Germann erhält 21 Stimmen und ist somit als Einwohnerratspräsidentin für das Amtsjahr 2007/2008 gewählt.

Sie bedanke sich für das Wahlergebnis und das Vertrauen und man sie für das nächste Jahr auf den Sockel stellen werden. Auch möchte sie sich für die passende Deko bedanken. Sie freue sich das Amt der Einwohnerratspräsidentin zu übernehmen und erkläre Annahme der Wahl.

Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Einwohnerrates

Die CVP-Fraktion schlage Reto Deschwanden als Vizepräsidenten für das nächste Jahr vor. Reto Deschwanden sei ein jüngeres Mitglied in der Fraktion, er sei 29 Jahre und sei Bauingenieur. Er habe sich im Ratsbetrieb sehr gut integriert und habe in der Fraktion einen gewissen Stellenwert, indem er immer wieder seine eigene Meinung vertrete und auch kritisch hinterfrage und eigene Positionen habe. Durch seine Jugendlichkeit und durch sein Nachfragen fordere er die Fraktion immer wieder heraus. Man schlage Reto Deschwanden zur Wahl vor.

Das Ergebnis der Wahl lautet wie folgt:

Ausgeteilte Wahlzettel	27
Eingegangene Wahlzettel	27
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	4
Gültige Wahlzettel	23
Absolutes Mehr	12

Gewählt als Vizepräsidenten mit 20 Stimmen ist Reto Deschwanden.

Wahl einer Sekretärin oder eines Sekretärs des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertretung

Als Sekretär schlage er das langjährige Mitglied vom Büro, Herrn Sepp Meier vor und als seinen Stellvertreter Sacha Woodtli.

Alwin Larcher (SVP)

Brigitte Germann-Arnold (L20)

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Robert Odermatt (SVP)

Er bittet die Ratsweibelin und ihre Nachfolgerin, die Wahlzettel zu verteilen. In der Zwischenzeit habe er die schwere Aufgabe, ein Ratsmitglied zu verabschieden. Es sei Frau Silvia Simoes. Mit Silvia Simoes verlasse ein markantes Mitglied den Einwohnerrat, sozusagen im besten Alter. Sie trete zwar von der politischen Bühne ab, aber so richtig glauben, dass es definitiv sei, könne er es nicht. Zu Frau Simoes habe er persönlich einen besonderen Draht gehabt. Er könne sich noch gut erinnern, als er als frischer Einwohnerrat in den Saal gelaufen sei, da habe sie freundlich gegrüsst und wollte sogleich erklären, wo es in diesem Rat lang gehe. Er habe dann längere Zeit gebraucht, bis ihn Frau Simoes für voll genommen habe. Silvia Simoes sei eine der begabtesten Novolistinnen im Rat gewesen. Die Familiengärtler, die Sportler und natürlich auch die Spitex seien ihr sehr am Herzen gelegen. Man werde sich noch lang an Frau Simoes erinnern. Sie verfüge über eine hervorragende Fachkompetenz und habe den Rat schon nie und da, dank ihren Reglementskenntnissen, aus der Patsche helfen können. In der GPK, und er habe ein paar Jahre mit ihr zusammen wirken dürfen, habe sie mit ihrem ausgezeichneten Gedächtnis und ihrer Fachkenntnis bei Unklarheiten immer wieder Klarheit hineinbringen können. Dies sei eine besondere Gabe von ihr, sie sage klipp und klar, was Sache sei. Dies habe er an ihr immer ganz besonders geschätzt. Nach fast 10 Jahren Ratstätigkeit möchte sie etwas Abstand zur Politik gewinnen und Zeit für andere Aufgaben haben. Mit einem aufrichtigen Dank und er hoffe, er spreche im Namen aller Einwohnerräte, verbinden sich die besten Wünsche. Alles Gute Silvia.

Alwin Larcher (SVP)

Wie man bereits von Alwin Larcher gehört habe, wolle man auch im Namen der CVP-Fraktion Frau Silvia Simoes ziehen lassen. Man mache dies sehr ungern. Die Gründe habe man vorhin von Alwin Larcher bereits gehört. Er könne diese Aussagen weitgehend teilen. Silvia Simoes sei seit 1998 im Rat und sie sei in dieser Zeit eine wertvolle Stütze in der Fraktion geworden. In mehrfacher Hinsicht eine wertvolle Stütze. Sie sei jemand gewesen, die sich immer sehr stark engagiert habe, wenn es um Sachgeschäfte ging. Sie sei hartnäckig dran geblieben, habe nicht aufgegeben bis sie die Auskunft bekommen habe, die sie hören wollte und wenn sie etwas verfolgt habe, dann habe sie dies eisern verfolgt bis dann irgendeinmal das Abstimmungsresultat bekannt gewesen sei. Sie sei aber auch eine Stütze gewesen, indem sie ihm und allen politische Erfahrung in den Rat gebracht habe. Sie sei auch einige Zeit Parteipräsidentin gewesen und habe sehr viel Erfahrung sammeln können, welche sie in der Fraktion wieder einbringen konnte. Sie habe aber auch berufliche Erfahrung mitgebracht, die immer wieder sehr hilfreich gewesen sei. Er könne nur wenige Spezialitäten erwähnen die sie ausgezeichnet haben. Sie habe sich sehr stark für das Soziale eingesetzt. Er erwähne beispielsweise das Alters- und Pflegeheim. Wenn es darum ging, habe sie sich sehr interessiert und engagiert. Sie habe ein breites Wissen im Personalwesen gehabt und habe sich für das Personal interessiert. Und sie habe sich für die Finanzen interessiert. Es gebe noch weitere Themen, wo sie punktuell auch in Kommissionen mitgewirkt habe, aber er glaube, all dieses Wissen und Können, welches sie gehabt habe, habe sie während längerer Zeit auch in die GPK eingebracht. Auch dort sei sie eine wertvolle Vertreterin der CVP-Fraktion gewesen. Was doppelt schmerze, als das man Silvia Simoes als Person gehen lassen müsse, sei, dass man aus der CVP-Fraktion erneut eine Frau ziehen lassen müsse. Man habe am Schluss noch Astrid Sprenger, welche die frauliche Seite vertrete und man hoffe sehr, dass man, spätestens bei den Neuwahlen, wieder Frauen für die CVP-Fraktion motivieren könne. Auch hier gehe ein Element, durch den Weggang von Silvia Simoes verloren, welches sehr wertvoll gewesen sei. Die CVP-Fraktion wünsche Silvia Simoes alles Gute für die Zukunft ohne Politik. Er denke, es werde damit auch viel Bürde wegfallen und vielleicht könne sie einmal die Ohren zuhalten und nicht hinhören, wenn etwas aus dem Einwohnerrat an die Öffentlichkeit gelange, dass sie sich nicht im Nachhinein aufregen müsse und denke, wäre ich noch geblieben, da hätte ich gerne mitgeredet. Die CVP-Fraktion überreicht Silvia Simoes ein Präsent.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Das Ergebnis der Wahl lautet wie folgt:

Ausgeteilte Wahlzettel	27
Eingegangene Wahlzettel	27
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	27

Absolutes Mehr **14**

Stimmen haben erhalten und sind somit gewählt:

Als Sekretär:

Josef Meier **26**

Als Sekretär Stellvertreter:

Sacha Woodtli **27**

Wahl von zwei Stimmzählerinnen oder -zählern des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertretungen

Die CVP-Fraktion schlage als Stimmzähler den bewährten Urs Hediger vor. Ihn müsse man nicht vorstellen, er habe heute schon seines Amtes gewaltet. Als Stellvertreterin von Urs Hediger schlage man Astrid Sprenger vor.

Die FDP-Fraktion schlage die bisherige Stimmzählerin Beatrice Buholzer vor und als ihren Stellvertreter Beat Imboden.

Das Ergebnis der Wahl lautet wie folgt:

Ausgeteilte Wahlzettel	27
Eingegangene Wahlzettel	27
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	27

Absolutes Mehr **14**

Stimmen haben erhalten und sind somit gewählt:

Als Stimmzähler:

Urs Hediger **26**

Beatrice Buholzer-Stierli **27**

Als Stimmzähler-Stellvertreter:

Astrid Sprenger-Kaufmann **27**

Beat Imboden **27**

Geschätzter Alwin Larcher, seine Amtszeit als höchster Horwer wende sich langsam dem Ende zu. Heute sei seine letzte Einwohnerratssitzung gewesen, welche er präsiert habe. Um ein paar statistische Zahlen hineinzupacken, es sei die 7. Sitzung gewe-

Alwin Larcher (SVP)

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Alwin Larcher (SVP)

Markus Hool (FDP)

sen. Eine habe man leider ausfallen lassen müssen. Dann seien rund 39 Stunden im Rate versitzt worden und beim Protokoll habe er bis jetzt 260 Seiten lesen müssen und er denke, dass noch ungefähr 20 Seiten dazu kommen werden. Also insgesamt werden es ungefähr 280 Seiten sein. Man hatte den Eindruck, dass ihm dieses Amt ausserordentlich Spass gemacht habe und nun sei leider die Zeit gekommen, das Podest zu verlassen. Im September müsse oder dürfe er wieder auf der anderen Seite Platz nehmen. Er denke, dass Herr Larcher dies nicht schwer fallen werde, obwohl es ihm offensichtlich Spass gemacht habe. Er habe eine lange Zeit die Köpfe der Gemeinderäte nur von hinten anschauen dürfen. Er könne sagen, dass die Gemeinderäte von vorne etwas besser aussehen. In diesem Sinne gehe er guten Zeiten entgegen. Der Gemeinderat danke ihm für seine Arbeit, sein Engagement und seinen Einsatz in seinem Präsidialjahr.

Er möchte es nicht viel länger machen, doch Alwin Larcher sei es würdig, dass er auch von der CVP-Fraktion verabschiedet werde. Es sei unglaublich, seine Amtszeit sei bereits zu Ende. Es sei ihm, als hätte er erst angefangen und man habe ihn mit Kurzfassung der vom Wilhelm Tell in sein Amt begrüßen dürfen. Unterdessen sei bereits wieder ein Jahr vorbei. Man hatte mit Alwin Larcher eine spezielle, profilierte Persönlichkeit zum Einwohnerratspräsidenten gewählt und er wisse, dass Einzelne das Gefühl gehabt haben, wie das wohl herauskomme. Man habe aber gewusst, wen man wähle. Am Anfang habe man sich gegenseitig etwas gerieben und Einzelne haben vielleicht schon den Untergang des Rates gesehen, durch die Führungsarbeit von Alwin Larcher. Doch wenn man sich reibe, dann entstehe auch Wärme und deshalb könne man sagen, habe kein frostiges Klima geherrscht. Alwin Larcher habe versucht, seine Führungsverantwortung wahrzunehmen. Es sei sehr schwierig, als Präsident eines Rates mit 29 weiteren Mitgliedern, die selbstverständlich immer alles besser wissen als der Präsident. Trotzdem habe er beim Rat seinen Stempel aufdrücken können. Er habe gewisse Sachen geprägt und er glaube, dass dies eines der Wahrzeichen von Alwin Larcher gewesen sei. Nicht ganz konventionell wie man es bisher gehabt habe, aber immer auch an der Sache orientiert. Alwin Larcher habe den Rat nach aussen charmant und gewandt vertreten, dies könne er sagen. Er habe in ab und zu mal reden gehört und er habe dies für den Einwohnerrat stellvertretend sehr gut gemacht. Alwin Larcher habe auch schwierige Geschäfte zu bewältigen gehabt, er erinnere an die Gemeindeordnung oder an den heutigen Tag mit der ganzen Antennengeschichte. Alwin Larcher habe aber die Klippen, die sich ihm gestellt haben, elegant umschiff und sonst habe er den Gemeindegeschreiber neben sich, der weiterhelfen konnte. Es sei aber wirklich nicht immer einfach wenn man auf dem Podest sitze. Von unten könne man sich immer besser äussern als oben auf dem Podest, dann sei man doch etwas ausgestellt. Alwin Larcher gehe nun ruhigeren Zeiten entgegen und dies möge er ihm auch gönnen. Er werde aber einen Rucksack voll Erinnerungen an dieses Präsidentenjahr und dies sei etwas, dass man ihm nicht nehmen könne und woran er sich noch lange freuen dürfe und könne. Stellvertretend für die ganze CVP-Fraktion möchte man Alwin Larcher ganz herzlich für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr danken und auch danken, dass er das Amt überhaupt übernommen habe, dass müsse man auch zuerst wollen und können. Man wünsche ihm nun als gewöhnliches Ratsmitglied, welches er nach den Sommerferien wieder sein werde, eine etwas ruhigere Zeit im Rate und hoffe, dass man noch das eine oder andere Votum von ihm geniessen dürfe.

Auch die FDP-Fraktion bedanke sich bei Alwin Larcher für die Ratsführung. Man habe gewusst, dass er ein blendender Rhetoriker sei und man habe vermutet, dass er auch auf dem Sockel seine Worte zum Besten geben werde. Er werde sicher ein Präsident gewesen sein, den man in Erinnerung behalten werde. Man habe es genossen und man habe einige Male über seine Aussagen schmunzeln können. Man wünsche ihm weiterhin alles Gute.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Last but not least. Er möchte nicht mehr zu lange werden, denn der Apéro und die Leute stehen bereit. Am Anfang war es mit Alwin Larcher etwas harzig gewesen, er wollte sparen und habe am Protokoll gespart, er habe beim Einsatz der Vizepräsidentin gespart, aber man sei eines besseren belehrt worden. Trotz seinem reifen Alter sei er absolut lernfähig gewesen und er müsse sagen, dass man sich am Schluss verstanden habe. Es sei sehr gut gelaufen. Alwin Larcher habe manchmal ganz dezent in die Debatte eingegriffen. Jetzt könne er dies dann wieder von unten tun. Man danke ihm für seinen Einsatz, den er geleistet habe und hoffe, dass er gute Erinnerungen und schöne Gedanken an den Einwohnerrat mitnehmen könne.

Jörg Stalder (L20)

Die SVP-Fraktion sei stolz auf die Leistung von Alwin Larcher, welche er ein Jahr lang erbracht habe. Man freue sich aber ganz besonders, dass er wieder zurückkomme und er die SVP-Fraktion beim gewöhnlichen Volk unterstütze. Leider habe man keine Zeit gefunden ein passendes Abschiedsgeschenk zu besorgen. Es sei so, dass Alwin Larcher seine Fraktionsmitglieder verknurrt habe, einen Tag mit ihm Velo fahren zu gehen. Alwin Larcher, welcher seit Jahren praktisch jeden Tag üben gehe, wolle sie, etwas jüngeren, welche sportlich nicht sehr viel machen, zeigen, wer der Meister sei. Die Fraktionsmitglieder seien nun verpflichtet, sich etwas auf Trab zu bringen und deshalb müsse man die Geschenkübergabe verschieben, bis man wieder Zeit habe, sich zu erholen. Herzlichen Dank für seine Tätigkeit.

Robert Odermatt
(SVP)

Er habe grossen Dank erhalten, dies berühre und ehre ihn. Jetzt habe er aber seinerseits zu danken. Er danke zuerst allen Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrates. Es sei ihm bewusst gewesen, dass man es mit ihm nicht einfach haben werde, aber er habe es mit dem Rat auch nicht immer einfach gehabt. Von beiden Seiten her sei Toleranz vorhanden gewesen und wie es sehr schön vom Fraktionschef der CVP gesagt wurde, man habe sich nach vielen Diskussionen gerieben, aber man sei miteinander wärmer worden. Er durfte in diesem Jahr sehr viel lernen, aber auch sehr viel persönliche Zuwendung erfahren. Er danke aber auch ganz besonders dem Gemeinderat mit dem Präsidenten an der Spitze. Es sei so, wie der Gemeindepräsident gesagt habe, er habe die fünf Exekutivmitglieder von hinten gesehen. Es sei aber nicht nur dies gewesen und ob sie von vorne schöner seien, dies sei nie zur Diskussion gestanden. Er habe aber auch gelernt mit dem Gemeinderat zu leiden, denn er sei ihnen genau gleich, wie der Gemeinderat, frontal ausgesetzt gewesen und er habe für den Gemeinderat wieder ein ganzes Stück Verständnis erhalten. Der Gemeinderat werde vom Einwohnerrat mit Fragen bombardiert, zum Teil ohne Vorbereitung. Dies sei auch für ihn ein besonderes Erlebnis gewesen. Jemanden, den er ganz besonders hervorheben möchte, sei Gemeindeschreiber Daniel Hunn. Er sei die sichere Stütze für jeden schwimmenden Einwohnerratspräsidenten. Er danke ihm dafür recht herzlich, wie er dies diskret und sicher mache. Dann danke er auch seinen beiden Kolleginnen und Kollegen als Stimmzähler. Es sei keine einfache Aufgabe. Auch diese beiden seien dem Rat frontal ausgesetzt und es brauche vor allem gute Augen, um diese Halbstimmen richtig zu sehen und zu werten. Er danke auch der Ratsweibelin, welche immer daran gewesen sei und für alles gesorgt habe. Er habe sie bereits erwähnen dürfen, er wünsche Frau Waltert eine gute Zukunft und man freue sich auf Frau Sommer als neue Mitarbeiterin.

Alwin Larcher (SVP)

Alwin Larcher
Einwohnerratspräsident

Josef Meier
Sekretär

Daniel Hunn
Gemeindeschreiber

Sandra Waltert
Protokollführerin